

Freie Universität Berlin
Osteuropa-Institut
PK: Informalisierung
Dozenten: Altvater/Albrecht

GARANTEN DER SICHERHEIT

**Über die Lage der Sicherheit von Unternehmen
und die Anbieter von Sicherheit in Russland.**

Thomas Alboth
Damerowstr. 66
13187 Berlin
mail@thomas-alboth.de
Matr.-Nr. 3613054
Berlin, den 27.03.2002

Studiengang:
Politikwissenschaft
(Diplom)
Schein: PK / IP
Wörter: 12927

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	1
1. Einleitung.....	2
2. Das öffentliche Gut „Sicherheit“ für russische Unternehmer.....	4
2.1. Das public good „Sicherheit“.....	5
2.2. Die Unsicherheiten.....	6
2.2.1. Die Verbreitung von Bedrohungen und Gewaltanwendung.....	7
2.2.2. Die Reaktion der Unternehmer auf Gewaltanwendung.....	11
2.2.3. Die Wirtschaftskriminalität in Russland.....	12
2.2.3.1. Die Korruption.....	12
2.2.3.2. Die Vertragsverletzungen.....	15
2.2.4. Die Reaktion der Unternehmer auf Vertragsverletzungen.....	16
2.3. Die Garanten der Sicherheit?.....	17
2.3.1. Die Gerichte.....	18
2.3.2. Die Polizei.....	20
2.4. Die Eigentums- und Verfügungsrechte in Russland.....	23
2.5. Fazit.....	24
3. Alternative Anbieter von Schutz.....	24
3.1. Private und illegale Schutzanbieter.....	25
3.2. Nicht-staatliche und legale Schutzanbieter.....	29
3.3. Schutz durch Staatsangestellte.....	34
3.4. Fazit.....	36
4. Konklusion.....	36
6. Literaturverzeichnis.....	38
Verwendete Abkürzungen.....	41
Tabellenverzeichnis.....	41

1. Einleitung

Wer in Russland eine Firma eröffnen will, kommt über kurz oder lang an einer grundlegenden Erkenntnis nicht vorbei: Ich brauche ein Dach! Dach heißt auf russisch *Kryšha* und wird im allgemeinen Sprachgebrauch auch mit „Schutz“ gleichgesetzt.¹ Das heißt also, der Unternehmer braucht jemanden, der ihn und sein Eigentum schützt. Dafür hat er verschiedene Möglichkeiten, die sich stark in ihrer Legalität, den Kosten, ihrer Effizienz und ihrer Zugänglichkeit unterscheiden. Das Thema der vorliegenden Arbeit sind diese verschiedenen *Kryšhi*.

Es wird untersucht, wie sich die Ausgestaltung des öffentlichen Gutes „Sicherheit“ in Russland auf die Entstehung der verschiedenen Schutzanbieter ausgewirkt hat.

Im ersten Teil der Arbeit wird eine kurze Einführung über die Entwicklungen während der Transformation Russlands seit Ende der 80er Jahre gegeben. Dieser Schritt ist notwendig, da die Art der Transformation und die dabei getroffenen Entscheidungen wesentlichen Einfluss auf den institutionellen Rahmen hatten, in dem sich unternehmerisches Handeln heute abspielt. Danach wird untersucht, inwiefern in Russland das öffentliche Gut² „Sicherheit“ vorhanden ist. Der *public-good*-Ansatz ist dabei vorteilhaft, weil man über ihn Dienstleistungen des Staates welche allen gleichermaßen zur Verfügung stehen und Nutzen von solchen Dienstleistungen trennen kann, die nur gegen extra Bezahlung oder Bestechung bzw. über persönliche Verbindungen einzelner Unternehmen zukommen. Letztere sind qua Definition kein öffentliches Gut. Am Ende des zweiten Kapitels werden die beiden staatlichen Anbieter von physischer und rechtlicher Sicherheit – Polizei und Gerichte – dargestellt.

Der dritte Abschnitt befasst sich mit den verschiedenen Ausprägungen der alternativen Anbieter von Schutz in Russland - den „Dächern“. Es wird hier angenommen, dass aufgrund eines mangelnden Angebotes an staatlichem Schutz und eines gleichzeitig wachsenden privaten Unternehmertums in Russland eine Nachfrage nach alternativem Schutz aufkam. Aufgrund verschiedener Faktoren entstanden Schutzanbieter, die diese Nachfrage teilweise befriedigten. So bildete sich ein „Sicherheitsmarkt“ heraus, der bis heute Bestand hat. Der Staat ist auf diesem Markt nur ein Teilnehmer. Der Unternehmer hat die „Wahl“ zwischen verschiedenen Anbietern, bei denen er in der Regel für seine Protektion zahlen muss.

Zu Beginn der Transformation wurden meist kleinere Unternehmer Opfer von Schutzgelderpressern. Sie standen damit unter dem Schutz von Kriminellen bzw. der Mafia – ein

¹ Volkov 2002, S. 13.

² Die Begriffe „*public good*“ und „öffentliches Gut“ werden nachfolgend gleichbedeutend verwendet. In dieser Arbeit wird, außer bei sehr geläufigen Namen, die für Russisch die Transliteration nach dem Duden verwendet.

Verhältnis, aus dem nur wenige Unternehmer wieder herauskommen. Eine andere Variante Schutz zu erhalten, ist es, direkt an die Polizei oder andere Sicherheitskräfte eine gewisse ‚Gebühr‘ zu zahlen. Vor allem sehr große ehemalige Staatsunternehmen verfügen aber auch über „politische Protektion“ durch enge Beziehungen mit ranghohen Politikern. Neben kriminellem und staatlichen Schutz kann ein Unternehmen aber auch eine legale private Sicherheitsfirma engagieren. Diese verschiedenen Möglichkeiten eines ‚Daches‘ werden im dritten Abschnitt behandelt.

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom Ende der 80er Jahre der Sowjetunion bis zur Gegenwart.

Die politikwissenschaftliche Forschung beschäftigt sich erst seit Ende der 90er Jahre mit den russischen Schutz-Partnern (*enforcement partner*). Meist werden die verschiedenen Dächer unter dem großen Themenkomplex „Russenmafia“ abgehandelt. Diese Herangehensweise mag zwar der Gefährlichkeit mancher Schutzanbieter Rechnung tragen, führt aber gleichzeitig zu einem verengten Blick. Denn die Dächer erfüllen Aufgaben, die für das Funktionieren der russischen Wirtschaft notwendig sind. Solange der Staat nicht bereit oder fähig ist, eine stärkere Rolle bei der Bereitstellung von effektiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel einer Stärkung der Eigentumsrechte einzunehmen.

Wenn auch unter dem Label „*The Russian Mafia*“ laufend, sind Teile des Buches von Frederico Varese (2001) sehr aufschlussreich über die Entstehung der verschiedenen Dächer und deren Verbindungen untereinander und zum Staat. Weiterhin hervorzuheben sind die Aufsätze von Vadim Volkov (European University of St. Petersburg), der sehr detailliert und mit zahlreichen Interviews zum Thema private Sicherheitsdienste in Russland gearbeitet hat und dessen Buch diesen Sommer erscheinen soll. Vor allem die Interdisziplinarität zwischen Politikwissenschaft, Ökonomie und Rechtswissenschaft lässt in dem Themengebiet „Sicherheitsdienste in Russland“ noch stark zu wünschen übrig.

Meines Wissens ist dies auch der erste deutschsprachige Aufsatz zum Thema „Sicherheitsdienste“ in Russland, was mir Motivation genug war, mich diesem Problem anzunehmen.

2. Das öffentliche Gut „Sicherheit“ für russische Unternehmer

Das private Unternehmertum des heutigen Russlands begann sich in den späten 1980er Jahren zu entwickeln: Mit Gorbatschows Perestroika wurde die Möglichkeit eröffnet, unabhängige Genossenschaften (Kooperativen) zu gründen, Teile aus Staatsunternehmen auszugliedern oder zu verpachten sowie sich eigenständig, privatwirtschaftlich zu betätigen. Diese erste Phase des Überganges wird heute zumeist als „spontane Privatisierung“ bezeichnet, die auch schon Tendenzen einer „Insider-Privatisierung“³ trug. Die Kompetenzen des Managements der Betriebe stiegen in dieser Zeit zu Lasten der Kontrolle des Staates stark an. Es entstand eine chaotische Mischung aus Markt- und Planwirtschaft, bei der eine Anpassung des institutionellen Rahmens an die neuen Verhältnisse ausblieb.⁴

Nach dem Amtsantritt Jelzins 1991 entschieden sich die russischen Reformer unter dem Ministerpräsidenten Gaidar für eine Schocktherapie⁵, zu deren Kernelementen eine radikale Liberalisierung der Preise, die Einführung der Währungsconvertibilität sowie die rasche Privatisierung gehörten. Innerhalb von 20 Monaten wurde unter der politischen Führung von Tschubais von 1992 bis 1994 der größte Teil der Industrie in Privateigentum überführt. Begleitet wurde diese Privatisierung von den US-Ökonomen und Repräsentanten der marktradikalen liberalistischen Schule A. Shleifer, R. W. Vishny.⁶ Für sie galt das Prinzip „*privatize now, regulate later*“. Man glaubte, dass die passenden Institutionen dem Privateigentum folgen würden und nicht umgekehrt.⁷ Im Vordergrund der wirtschaftlichen Transformation stand die rasche Privatisierung⁸, die in erster Linie der Entmachtung der Nomenklatura dienen sollte.⁹ Der Sprung durch das „*window of opportunity*“ wurde aber ein Sprung ohne Fangnetz. Bis heute, zehn Jahre nach Beginn der Schocktherapie, beklagen die meisten Kenner der russischen Wirtschaft das Fehlen eines verlässlichen Rahmens für unternehmerische Tätigkeit.¹⁰ Es stellt sich somit die

³ Insider-Privatisierung meint, dass die Firmen auch nach der Privatisierung noch zumeist in den Händen des vorherigen Managements und Firmenangehörigen blieben. Die Eigentums- und Verfügungsrechte lagen vor allem in den Händen der alten Manager der Betriebe.

⁴ Prieue 2000, S. 44.

⁵ Stieglitz argumentiert, dass diese Strategie einen stark disruptiven Charakter besaß. Er sieht in der Vorgehensweise eine Analogie zu den Jakobinern und den Bolschewisten: Die gewählte Vorgehensweise stellt einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit und dem Bestehenden dar. Mit Lehrbuchmodellen (des „Washington-Consensus“) versuchte man die Transformation des Landes voranzutreiben, ohne dass die vorherrschenden Bedingungen großen Einfluss auf das Prozedere hatten. Er benutzte deshalb die Bezeichnung „Blitzkrieg-Privatisierung“. Stieglitz 1999, S. 19-24.

⁶ Prieue 2000, S. 41-42.

⁷ Shleifer/Vishny 1998, S. 11.

⁸ Feldstein 1998, S. 29.

⁹ „In our view, controlling managers is not nearly as important as controlling politicians.“ Boycko et al. 1995, S. 65.

¹⁰ Entscheidend war das Tempo der Privatisierung. Makroökonomische und monetäre Stabilisierung wurden nicht als notwendige Vorbedingungen angesehen. Diese Politik wurde auch von IWF und Weltbank bis 1998 befürwortet. Hauptziele der Russland-Politik waren eine Reduzierung des Budget-Defizits sowie eine straffere Geldpolitik auf Kosten einer vorausgehenden oder begleitenden Institutionenbildung. Erst nach den Wirtschaftskrisen Ende der 90er Jahre, begannen die *Washington-Institutions* den institutionellen Reformen eine höhere Priorität einzuräumen. Feldstein 1998, S. 29.

Frage, welchen Wert eine privatisierte Wirtschaft hat, wenn die Eigentumsrechte und die Sicherheit des Eigentums seitens des Staates nicht vorher ausreichend garantiert werden.¹¹

Ein Problem der Transformationsländer sind aber nicht nur der fehlende rechtliche und institutionelle Rahmen, sondern auch die Schwierigkeit überhaupt *öffentliche Güter* zur Verfügung zu stellen. Damit Gesellschaft und Wirtschaft funktionieren können, muss ein Minimum an staatlichem Service gewährleistet sein, was wiederum Ressourcen voraussetzt, um diesen aufrecht zu erhalten. Auch in Russland sieht man sich mit diesem Problem konfrontiert: Die Staatseinnahmen reichen nicht, um dieses Minimum an staatlichen Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Eines dieser öffentlichen Güter soll im nachfolgenden Kapitel untersucht werden – das der Sicherheit der Unternehmung in Russland.

2.1. DAS PUBLIC GOOD „SICHERHEIT“

Bevor wir mit der Betrachtung beginnen, soll erst der Begriff „öffentliches Gut“ erklärt werden. Nach Kaul muss es folgende Kriterien erfüllen:

„their [public goods] benefits have *strong qualities of publicness*– that is, they are marked by *nonrivalry in consumption* and *nonexcludability* [Hervorhebungen durch den Autor].“¹²

Sind beide letztgenannten Kriterien erfüllt, spricht man von einem *pure public good*.¹³ Ein Beispiel dafür ist eine Verkehrsampel: Sie nutzt jedem (*benefits have strong qualities of publicness*), es wird keiner von der Benutzung ausgeschlossen (*nonexcludability*) und ihre Benutzung durch eine Person verringert nicht ihren Nutzen für eine andere (*non rivalry in consumption*). Wichtig für den Nutzen eines öffentlichen Gutes ist seine Akzeptanz. Eine Verkehrsampel nützt nichts, wenn sich keiner an sie hält.¹⁴ Ähnlich verhält es sich zum Beispiel auch mit Gesetzen – ein gutes Gesetz allein nützt keinem, wenn sich niemand daran hält und es keine Instanz gibt, die es durchsetzt.

Im Folgenden wird das *pure public good* „Sicherheit“ in Russland untersucht.¹⁵ Sicherheit ist ein menschliches Grundbedürfnis und stellt als solches für jede Person einen großen Nutzen dar. Doch nicht nur die Sicherheit von natürlichen Personen, sondern auch die Sicherheit der Unternehmung sowie die von Eigentums- und Verfügungsrechten sind wichtiger Bestandteil einer Marktwirtschaft. Das in der Marktwirtschaft vorherrschende Privateigentum führt gleichzeitig zu einer Angst um dieses. Sicherheit kann nur dann hergestellt werden, wenn das Eigentum durch Gerichte oder äquivalente Institutionen festgehalten und durchsetzbar ist. Auch

¹¹ Zur Veranschaulichung dieses Problems ist folgendes Gedankenspiel hilfreich: Was nützt einem ein Haus in einem Kriegsgebiet? Der Eigentümer besitzt zwar die Eigentumsrechte an der Immobilie, doch die Durchsetzung dieser Rechte ist nicht gesichert. Der Marktwert des Hauses ist somit praktisch null, wenn man dem potentiellen Käufer keine Eigentumssicherheit bieten kann. Um diese zu erreichen, müsste sich der Eigentümer eine Privatarmee engagieren, die seinen Besitz vor einer Übernahme schützt. Es zeigt sich, dass der Nutzen ein und derselben Immobilie entscheidend von der Sicherheit der Eigentumsrechte abhängt.

¹² Kaul 1999, S. 2.

¹³ Erfüllt das öffentliche Gut nur eines der Kriterien, ist es ein *impure public good*.

¹⁴ Kaul 1999, S. 4.

¹⁵ Auch Kaul geht davon aus, dass *law and order* ein öffentliches Gut sind. Kaul 1999, S. 4.

wirtschaftliches Handeln bedarf eines Sets an Regeln und Verträgen. Diese müssen vorhanden und durchsetzbar sein. Für Sicherheit bedarf es hier entweder eines sehr großen Vertrauens in die Geschäftspartner oder einer dritten regulierenden Kraft.¹⁶ Fehlt in beiden Fällen diese Sicherheit, wird sich der Unternehmer dafür alternative Quellen suchen, um hohes unternehmerisches Risiko und zu hohe Transaktionskosten zu vermeiden.

Die Sicherheit, die nachfolgend untersucht wird, umfasst deshalb die Aspekte: Sicherheit des Unternehmens/Unternehmers und Rechtssicherheit. Unter letzterem ist das Recht auf Eigentum¹⁷ subsummiert. Wird Sicherheit als öffentliches Gut betrachtet, darf laut Definition niemand von ihr ausgeschlossen werden und ihre Inanspruchnahme verringert nicht den Nutzen für andere. Zum Beispiel erfüllt Schutz, der von der Polizei nur gegen extra Bezahlung angeboten wird nicht die Kriterien eines *pure public goods*, da er nur dem Zahlenden und nicht dem Rest der Bevölkerung zur Verfügung steht.

Diese Sicherheit selbst ist jedoch schwer zu messen. Leichter festzumachen allerdings ist ihr „Gegenstück“ – die Unsicherheit. Ich gehe in diesem Kapitel deswegen wie folgt vor: Zuerst werden die Bedrohungen der unternehmerischen Sicherheit in Russland aufgezeigt und bewertet. In einem zweiten Schritt wird dargestellt, wie die staatlichen Akteure Gerichte und Polizei ihre Funktion erfüllen, für die Unternehmer Sicherheit als *public good* zur Verfügung zu stellen.

2.2. DIE UNSICHERHEITEN

Beginnen wir also mit den Unsicherheiten denen russische Unternehmer seit dem wirtschaftlichen Umbruch 1987 ausgesetzt sind. Leider kann man kann man zur Bestimmung der Bedrohungen kaum mit den russischen Kriminalstatistiken arbeiten, da sie als sehr unzuverlässig gelten.¹⁸ Die offiziellen Statistiken können also nur als ein Anhaltspunkt für die vorhandene Kriminalität angesehen werden. Auch das Maß an Rechtssicherheit kann nicht an staatlichen Statistiken festgemacht werden. Denn wenn Verträge nicht mit staatlicher Hilfe durchgesetzt werden – was in Russland der Regelfall ist¹⁹ – sondern sich der Unternehmer einer alternativen Art der Vertragsdurchsetzung bedient, wird kein Gericht von Vertragsbrüchen erfahren. Folglich werden die Fälle auch in keiner offiziellen Statistik auftauchen können. Ein realistischeres Bild

¹⁶ Varese 2001, S. 24.

¹⁷ Dieses beinhaltet (i.) das Recht des Gebrauchs, (ii.) das Recht der Veränderung und (iii.) das Recht der Übertragung des Eigentums oder von Teilen desselben. Richter/Furubotn, 1996, S. 83.

¹⁸ Die Gründe dafür sind: (i.) Die Anzahl der tatsächlich begangenen Straftaten ist nicht bekannt. Regelmäßige offizielle Statistiken fehlen. (ii.) Die Registrierung der Straftaten wird manipuliert. (iii.) Die Statistiken werden, wenn überhaupt, nicht vollständig veröffentlicht. (iv.) Die gesetzlichen Bestimmungen und Registrierungsverfahren ändern sich häufig. Quiring 2000, S. 24; Fituni (2000, S. 20) weist u.a. darauf hin, dass insbesondere die Kriminalstatistiken bis 1997 nicht mit den Nachfolgenden vergleichbar seien, da sich das Strafrecht ab dem 1. Januar 1997 fundamental verändert hat und gibt eine kurze Einführung in die wichtigsten Neuerungen.

¹⁹ Volkov 1999, S.

über Bedrohungen und unternehmerischer Unsicherheiten lässt sich aber durch Befragung von Managern²⁰ gewinnen.

Die Bewertung der Sicherheitslage geschieht hier deshalb vor allem anhand von Sekundärliteratur über sozialwissenschaftliche Befragungen von Unternehmern und Sicherheitsunternehmern. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Aufsätze von Vadim Radaev. Seine Daten stammen aus einer Befragung von Managern und Unternehmern in den Jahren 1997/98.²¹

2.2.1. DIE VERBREITUNG VON BEDROHUNGEN UND GEWALTANWENDUNG

In dieser Untersuchung geben fast vier Fünftel (79 %) der russischen Unternehmer an, dass Bedrohungen und Gewalt in der russischen Geschäftswelt vorkommen. 17 % von ihnen meinen, dass dies ein häufiges und 62 %, dass dies ein gelegentliches Phänomen darstellt.

Persönliche Erfahrungen mit Gewaltanwendung haben allerdings weniger als die Hälfte der Befragten (42 %), davon 39 % gelegentlich und nur drei Prozent häufig. Gleichzeitig glauben immerhin 30 %, dass dies abnehme.²² Die Unternehmer sehen sich den Bedrohungen aber nicht schutzlos ausgeliefert. Nur acht Prozent der Befragten sehen keine Möglichkeit der Bedrohung zu entgehen, während die Mehrheit es als möglich ansieht (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Anwendung von Bedrohung und Gewalt in der russischen Geschäftswelt (in %)²³

in der russischen Geschäftswelt generell	häufig 17	gelegentlich 62	keine 21
in der persönlichen Erfahrung	häufig 3	gelegentlich 39	keine 58
Veränderung in den letzten 2-3 Jahren	häufiger 14	keine Veränderung 56	weniger häufig 30
Möglichkeit, der Bedrohung zu entgehen	unmöglich 8	schwierig 34	möglich 58

Ein Aspekt dieser Bedrohung ist die Schutzgelderpressung. 15 % der Unternehmer geben an, bereits Probleme damit gehabt zu haben. Die Betroffenen stammen vor allem aus den Bereichen Einzelhandel, Catering und häuslicher Service (zusammen 26 %).²⁴ Weniger involvierte Bereiche sind beispielsweise Wissenschaft, Medizin und Kultur. Insgesamt geben dort nur 9 % der

²⁰ Die Begriffe Unternehmer und Manager werden nachfolgend gleichwertig verwendet, insofern nicht ausdrücklich auf eine Ausnahme hingewiesen wird.

²¹ Die Umfrage bestand aus einer standardisierten Erhebung, bei der 227 Fragebögen von Unternehmern aus 21 russischen Regionen gesammelt wurden und einer halbstandardisierten Umfrage bei der 96 Interviews mit Unternehmern geführt wurden. Der Autor ist stellvertretender Rektor der Wirtschaftshochschule (*Vysšaja Škola Ekonomiki*) Moskau. Finanziert wurden die Studien vom US-amerikanischen Zentrum für Internationale Privatunternehmen (*Centre for International Private Enterprise – CIPE*). Radaev 1999b, S. 2 u. 5.

²² Radaev 1999d, S. 75.

²³ Radaev 1999d, S. 76.

²⁴ Dies lässt sich damit erklären, dass dort die Geschäfte vor allem auf Cash-Basis abgewickelt werden und die Unternehmer stark in der Öffentlichkeit agieren und somit leichter die Aufmerksamkeit der Schutzgelderpresser auf sich ziehen.

Manager an, Probleme mit Schutzgelderpressung zu haben.²⁵ Laut Radaev konzentriert sich die Gewaltanwendung vor allem auf Branchen, wo der Kapitalfluss sehr schnell und die Form des Geschäftes sehr einfach und durchschaubar ist.

Aufgrund der stärkeren Bedrohung bedürfen solche Firmen auch eines größeren Schutzaufgebotes. Offensichtlich reicht das öffentliche Gut „Sicherheit“ nicht aus, um mit der Bedrohung fertig zu werden. Ein großer Teil der russischen Unternehmen müssen eigene finanzielle Mittel für ihre Protektion aufwenden. Die Firmen aus den am meisten bedrohten Bereichen, sind auch gleichzeitig die, welche am häufigsten signifikante Ausgaben für Schutz und Sicherheit der Unternehmung aufweisen.²⁶

Wie stark die Manager Erfahrungen mit Bedrohung und Erpressung gemacht haben, ist aber nicht nur von der Branche, sondern auch von dem Beginn ihrer Geschäftstätigkeit abhängig. Je später sie ihre Arbeit aufgenommen haben, desto weniger sahen sie sich mit Bedrohungen konfrontiert. Gerade die Zeit der „spontanen Privatisierung“, also Ende der 80er Jahre, war gleichzeitig die kurze Ära, in der die ungeordnete Schutzgelderpressung florierte. In den offiziellen Statistiken wird 1987/88 ein Anstieg von 30 % auf diesem Gebiet ausgewiesen. Betroffen waren vor allem kleinere Unternehmer und Verkäufer auf den städtischen Märkten.²⁷ Ein Grund für den rasanten Anstieg der Erpressung war die Inaktivität und Ineffektivität der Polizei. Sie reagierte nur in 80 % der Fälle. Doch auch das Justizsystem hatte einen entscheidenden Einfluss auf diese Entwicklung: Bei nur jedem sechsten Erpresser kam es zu einer Verhandlung und nur jeder elfte wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, wobei die Urteile eher milder als das maximale Strafmaß von drei Jahren ausfielen.²⁸ Das Risiko für die Erpresse war also relativ gering.

Eine andere Ursache für die zunehmende Erpressung lag in der Form und Basis der unternehmerischen Tätigkeit selbst. Da ein großer Teil der Aktiva der ersten privaten Unternehmer aus illegalem Handel in der sowjetischen Schattenwirtschaft stammten, waren diese verständlicherweise nicht gewillt, die staatliche Polizei einzuschalten. Die Polizei wiederum hatte aufgrund ihrer sozialistischen Moral eine negative Einstellung gegen private Unternehmungen. Sie sahen die Kooperativen nicht als legitime Objekte an, denen staatlicher Schutz zusteht.²⁹

Für einen Unternehmer gab es theoretisch nur drei Lösungen: (i) er schützt sich selbst, (ii.) er kooperiert mit einer kriminellen Schutzagentur (legale Schutzagenturen bekamen erst ab

²⁵ Radaev 1999c, S. 36 u. 39.

²⁶ Radaev 1999c, S. 41.

²⁷ Volkov 1999b, S. 742.

²⁸ Volkov 1999b, S. 752, nach: S. Dyakov/ A. Dolgova (Hg.) (1989): *Organizovannaya prestupnost'*, Moskau, S. 98.

²⁹ Volkov 1999b, S. 742.

1992 eine gesetzliche Basis³⁰⁾ oder (iii.) er findet anderweitigen Schutz, zum Beispiel durch persönliche Kontakte zu staatlichen Exekutivorganen.

Von den Unternehmern die vor 1989 ihr Geschäft eröffneten, gaben 57 % an manchmal und 43 % nie Bedrohungen und Erpressungen erfahren zu haben. Die entsprechenden Zahlen für den Beginn des Management in den Jahren 1996-97 belaufen sich auf 33 und 66 % (siehe Tabelle 2). Dies lässt die Vermutung zu, dass sich die Situation in der russischen Geschäftswelt in den 90er Jahren bezüglich der Konfrontation mit Gewalt und damit auch für die Neueinsteiger kontinuierlich verbessert hat. Was sind die Gründe für diese Verbesserung?

Tabelle 2: Begegnung mit Methoden der Waffengewalt und Erfahrung des Managements des jeweiligen Unternehmens (in %)³¹

Erfahrungen mit Bedrohung und Erpressung	Anfangsjahr des Management des jeweiligen Unternehmens			
	vor 1989	1989-91	1992-95	1996-97
Häufig	0	7	4	1
Manchmal	57	52	37	33
Nie	43	41	59	66

Eine Ursache dafür ist die Veränderung innerhalb der kriminellen Gruppen selbst. In den letzten zehn Jahren ist ihre Form der Erpressung und Einflussgewinnung wesentlich kultivierter und weniger gewalttätig geworden. Der Manager einer Computerfirma drückte dies wie folgt aus:

„From the standpoint of security, the market is now substantially less criminalized and more civilized.“³²

Zweitens haben die kriminellen Gruppen härtere Konkurrenz seitens der legalen Sicherheitsfirmen und der Polizei bekommen. Dies führte dazu, dass sich die Erpresser in moderatere Nischen, wie z.B. die Kontrolle der Straßenhändler, zurückziehen mussten. Drittens hat die offensichtliche Gewalt auch deswegen abgenommen, weil die Einflussphären der verschiedenen „Protektoren“ über die Firmen weitgehend abgesteckt sind. Gewaltsame Kämpfe um Kunden werden somit weniger. Einen vierten Grund sieht Radaev in der sogenannten „Routinisierung von Gewalt“. Das heißt, wenn ein Beschützer – gleich welcher Art – sich auf dem „Sicherheitsmarkt“ behaupten und seine Position halten konnte, ist sein Kapital nicht mehr vordergründig die Anwendung von Gewalt, sondern der Ruf und der Respekt der Anderen vor der *potentiellen* Gewalt.³³

³⁰ Siehe Kapitel 3.

³¹ Radaev 1999c, S. 42.

³² Radaev 1999c, S. 44.

³³ Radaev 1999c, S. 44-47.

Es existiert aber noch eine weitere mögliche Ursache für die Verbesserung der Sicherheitslage für neuere Unternehmer, die Rückschlüsse auf den Grad des öffentlichen Gutes „Sicherheit“ zulässt. Vergleicht man nämlich die Ausgaben der Unternehmen für Schutz und Geschäftssicherheit mit dem Zeitpunkt des Geschäftsbegins, so gelangt man zu folgendem Ergebnis: Je später das Management seine Arbeit aufgenommen hat, desto häufiger sind die Kosten für Schutz und Geschäftssicherheit signifikant und desto weniger Unternehmen gibt es, die dafür gar keine Ausgaben tätigen (siehe Tabelle 3). Das Mehr an Sicherheit geht mit höheren Ausgaben dafür einher. Die „Newcomer“ treffen bessere Vorkehrungen zur „Selbstverteidigung“ ihres Unternehmens. Die Kosten für Protektion sind ein fester und unverzichtbarer Bestandteil ihrer Unternehmensausgaben geworden.³⁴

Diese sechs Faktoren zusammengenommen sind Erklärungen dafür, dass die Manager heute weitaus gelassener auf Anrufe von „den Jungs“ reagieren, als noch vor zehn Jahren.

Tabelle 3: Kosten für Schutz und Sicherheit und Zeitpunkt des Geschäftsbegins (in %)³⁵

Kosten für Schutz und Geschäftssicherheit	Anfangsjahr des Management des jeweiligen Unternehmens			
	vor 1989	1989-91	1992-95	1996-97
Signifikant	10	15	18	27
Unsignifikant	37	36	36	36
Keine	53	49	46	37

Radaev zeigt aber auch eine andere Interpretationsmöglichkeit seiner Daten auf: Die „Neulinge“ könnten dazu neigen, ihre Situation besser zu beurteilen als sie wirklich ist, weil sie aufgrund ihrer kürzeren Geschäftstätigkeit schlichtweg weniger Zeit hatten negative Erfahrungen mit Erpressern zu sammeln.³⁶ Dem widerspricht meiner Ansicht nach, dass die kriminellen Gruppen in der Regel in allen Ämtern gute Informanten haben, die über neue Geschäfte schnell und zuverlässig informieren.³⁷ Die Erpresser finden also ihre Kunden nicht zufällig irgendwann, sondern dann, wenn die Manager ihre Unternehmung bei (korrupten) Beamten anmelden.

Werfen wir der zuletzt halber noch einen Blick auf die offiziellen russischen Kriminalstatistiken. Wie bereits erwähnt, sind diese aber mit der nötigen Skepsis zu betrachten. Die Wachstumsrate der Kriminalität in Russland hat nach den offiziellen Statistiken seinen Höhepunkt 1995-1997 erreicht. Zwischen den Jahren der Auflösung des Parlamentes 1993 und den Präsidentschaftswahlen 1996 betrug der Anstieg der Verbrechen ca. 75 %. In den folgenden

³⁴ Radaev 1999c, S. 41.

³⁵ Radaev 1999c, S. 42.

³⁶ Radaev 1999, S. 4.

³⁷ Fituni 1999, S. 19 u. 27.

zwei Jahren betrug er, entgegen obiger offizieller Statistik, ca. 50 %.³⁸ Nach dem Finanzcrash 1998 ist die Zahl der Morde an Geschäftsleuten wieder angestiegen. In den ersten fünf Monaten des Jahres 1999 wurden 567 Geschäftsleute ermordet, während es innerhalb des gleichen Zeitraumes 1998 nur 232 gewesen waren.³⁹

Wie reagieren die Unternehmer auf die gewalttätige Bedrohung?

Tabelle 4: Zahl der registrierten Straftaten in Russland pro 100.000 Einwohner⁴⁰

	1961-1965	1981-1985	1986-1990	1990-1995	1996	1997	1998
Zahl der Fälle	407	907	983	1170	1778	1629	1600
Wachstumsindex (1961-1965=100%)	-	+223	+243	+287	+437	+400	+393
Kettenindex (vorherige Periode = 100%)	+223	+198	+119	+152	-8	-2	
Anstieg in % von 1961-1995		+121	+142	+187	+337	+300	+293

2.2.2. DIE REAKTION DER UNTERNEHMER AUF GEWALTANWENDUNG

Wenn Unternehmensmanager im Bereich ihrer Geschäftsaktivitäten mit Bedrohungen und gewalttätiger Erpressung konfrontiert werden, wenden sie folgende Taktiken an:

- 34 % bevorzugen die Situation mit eigenen Ressourcen zu lösen,
- 15 % wenden sich an eine kriminelle Gruppe und
- 13 % wenden sich an die Polizei,
- 8 % greifen auf eine registrierte (legale, private) Schutzagentur zurück,
- 30 % finden, dass die Antwort darauf schwierig ist.⁴¹

Überraschend gering scheint mir der Anteil derjenigen zu sein, die die Polizei als Lösung ansehen – ist sie doch eigentlich das Organ, das für die Sicherheit verantwortlich ist. Es ist schon hier ablesen, dass man ihr wohl wenig Kompetenz zuschreibt. Schauen wir uns die Aufteilung noch etwas detaillierter an.

Die Manager, die die Situation mit eigenen Ressourcen zu lösen versuchen, stammen aus der Personengruppe, die am häufigsten Gewaltanwendung erfahren haben, aber auch optimistisch sind, dass sie sich davon wieder befreien können. Der Anteil von Frauen ist in dieser Gruppe höher.

An die Polizei wenden sich erstens eher Manager der größten Firmen, bei denen gleichzeitig der Staat Anteilseigner ist und zweitens diejenigen, die am meisten mit Erpressung und Bedrohungen konfrontiert werden.

³⁸ Fituni 1999, S. 19, nach Zahlen des Zentrums für Strategische und Globale Studien der Russischen Akademie der Wissenschaften.

³⁹ Galeotti, 1999, S. 35.

⁴⁰ Fituni 1999, S. 20, nach: Ministerium des Inneren.

⁴¹ Nach Radeav 1999c, S. 42.

An die privaten, legalen Sicherheitsagenturen wenden sich eher Manager kleiner, nichtstaatlicher Unternehmungen und diejenigen, die sehr viel Geld für Schutz ausgeben. Unter ihnen sind viele Moskauer, da dort dieser Service leichter zugänglich ist. Vor allem der Finanzsektor bedient sich stark dieser privaten Sicherheitsfirmen.

Diejenigen, die sich an eine kriminelle Gruppe wenden, tun dies zumeist auf Grund einer Pfadabhängigkeit. Es sind nämlich vor allem Firmen, die von Anfang an unter den Einfluss von Schutzgelderpressern geraten sind und aus diesem Verhältnis nicht wieder herauskommen. Sie werden gezwungen immer mehr Geld für den Schutz auszugeben. Dies sind vor allem kleinere Unternehmen und Firmen im Einzel- und Großhandel sowie Catering-Agenturen. Die 30 %, die noch nicht wissen, wie sie reagieren würden, sind vor allem Manager, die noch keine Erfahrungen mit Gewaltanwendungen und Schutzgelderpressern gemacht haben.⁴²

Doch nicht nur Erpressung und Gewaltanwendung stellt eine Unsicherheit für den Unternehmer dar, sondern auch die hohe Wirtschaftskriminalität.

2.2.3. DIE WIRTSCHAFTSKRIMINALITÄT IN RUSSLAND

Der Begriff Wirtschaftskriminalität umfasst vor allem Korruption, Betrug von Kunden, Investment- und Sicherheiten-Betrug, unternehmerischer Betrug (Diebstahl und falsche Bilanzierung), Termingeschäfte- und Derivate-Betrug, Versicherungsbetrug, Betrug im internationalem Handel, Steuerflucht und die Ausnutzung von Steuerparadiesen, Underground-Banking und Geldwäsche.⁴³

Der Anteil der Wirtschaftsverbrechen an der Gesamtzahl der registrierten Kriminalfälle in Russland wuchs zwischen 1992 (1,5 %) und 1996 (4,4 %) fast um das Dreifache. Dabei ist zu beachten, dass allein die Kriminalitätsrate in Russland von 1993 bis 1996 schon um 150 % anstieg.⁴⁴ Bei der nachfolgenden Darstellung werde ich mich auf Korruption und Vertragsverletzungen beschränken, da diese entscheidend für das Erscheinungsbild der „Dächer“ in Russland sind.

2.2.3.1. DIE KORRUPTION

Die **Korruption**⁴⁵ ist ein ernstes Problem für die russische Wirtschaft. Im Global Corruption Report 2001 der NGO Transparency International (TI) belegt Russland Platz 79 von

⁴² Radaev 1999c, S. 42-44.

⁴³ Ledeneva 1999, S. 4, nach: R. Bosworth and G. Saltmarch (1995), An International Overview of the Incidence of Economic Crime, in: J. Reuvid (Hg.) (1995), The Regulation and Prevention of Economic Crime Internationally, London., S. 3.

⁴⁴ Es wurden dabei die Anpassungen des russischen Rechts in Bezug auf neu definierte Wirtschaftsverbrechen außer acht gelassen. Fituni 1999, S. 19 u. 21.

⁴⁵ Korruption wird von Transparency International wie folgt definiert: „...the misuse of public power for private benefit, which includes the bribing of public officials, kickbacks in public procurement and the embezzlement of public funds.“ Transparency International (2002), S. 223.

91 untersuchten Ländern. Zum Vergleich diene der *corruption-perception-Index*⁴⁶ von TI. Bei einer Skala von 0 für „hochgradig korrupt“ bis 10 für „hochgradig sauber“ erhält Russland für das Jahr 2001 den Wert 2,3⁴⁷. Damit hat sich die Lage in den letzten Jahren eher verschlechtert denn verbessert. Im Jahr 1998 betrug der Index 2,4⁴⁸ und 1996 noch 2,58⁴⁹. Die Korruption in Russland wird von Transparency als „gefährlich hoch“ eingestuft⁵⁰. Sie sei bereits selbst zu einer Institution geworden. Diese Institutionalisierung führt dazu, dass die Anti-Korruptions-Kampagnen bisher weitgehend erfolglos geblieben sind.

Bis heute wurden keine radikalen Hürden gegen Korruption und Bestechung eingeführt. Gerichte und Parlamentarier unternehmen nur wenig dagegen. Von den Mitarbeitern des Staatsapparates werden die Bestechungsgelder als „Provision“ und als legitimer Weg zur Erhöhung ihres niedrigen Einkommens angesehen⁵¹, verdienen sie doch im Schnitt weniger als 600 USD pro Monat⁵². Bezeichnend für diese Situation ist das Zitat des russischen Innenministers Vladimir Rušailo, der Journalisten im März 2001 sagte:

“Do not mistake bribery for corruption.”⁵³

Die alltägliche Korruption wird selbstverständlich nicht nur von TI wahrgenommen. Radaev hat in seiner Studie die Unternehmer zur „bürokratischen Erpressung“ befragt.

Tabelle 5: Bürokratische Erpressung in der russischen Geschäftswelt (in %) ⁵⁴

in der russischen Geschäftswelt generell	häufig 38,5	gelegentlich 48,5	keine 13
in der persönlichen Erfahrung	häufig 20	gelegentlich 45	keine 35
Veränderung in den letzten 2-3 Jahren	häufiger 28	keine Veränderung 60	weniger häufig 12
Möglichkeit den Bestechungszahlungen zu entgehen	unmöglich 38	schwierig 42	möglich 20

Demnach geben 87 % der Unternehmer an, von staatlicher Seite zu Bestechungszahlungen gedrängt worden zu sein. 38,7 % von ihnen sagen, dass dies regelmäßig und 48,5 %, dass es von

⁴⁶ Dazu Transparency International: “The term ‘level of corruption’ includes at least two aspects: the frequency of corruption, and the total value of bribes paid.” Transparency International (2002), S. 236. “The 1999 CPI [*Corruption Perception Index*] score relates to perceptions of the degree of corruption as seen by business people, risk analysts, and the general public, and ranges between 10 (highly clean) and 0 (highly corrupt).” Transition (1999), “New Corruption Indexes of Transparency International: Wide Range of Scores” Vol. 10, No. 5, (Oktober 1999), <<http://www.worldbank.org/html/prddr/trans/WEB/trans.htm>> S. 2.

⁴⁷ Den besten Index erhielt Finnland mit 9,9 Punkten, die schlechteste Bewertung erhielt Bangladesh mit 0,3 Punkten.

⁴⁸ Varese 1999, S. 103.

⁴⁹ Varese 2001, S. 20, nach: Transparency-Internation (1996), The Index of Corruption, <<http://www.GWDG.de/~uwww/icr.htm>> (Diese Seite existiert nicht mehr.); siehe auch: Transition (1999), “New Corruption Indexes of Transparency International: Wide Range of Scores” Vol. 10, No. 5, (Oktober 1999), <<http://www.worldbank.org/html/prddr/trans/WEB/trans.htm>>.

⁵⁰ Transparency International (2002), S. 113.

⁵¹ Radaev 1999d, S. 71.

⁵² Transparency International (2002), S. 113-114. Man sollte dabei aber auch beachten, dass das russische Pro-Kopf-Einkommen in Jahre 1999 bei nur umgerechnet bei rund 150 Euro lag. Goskomstat (Staatliches Komitee für Statistik), <www.gko.ru>.

⁵³ Transparency International (2002), S. 109, zitiert nach: RIA Novosti (Russland), 13 März 2001.

⁵⁴ Radaev 1999d, S. 69.

Zeit zu Zeit vorkommt.⁵⁵ Auch bei dieser Untersuchung lässt sich eher eine Verschlechterung der Situation konstatieren. 28 % der Befragten glauben, dass die Bestechung in den letzten 2-3 Jahren eher zugenommen habe (siehe Tabelle 5).

Die Institutionalisierung der Bestechung kann aber von Unternehmern auch ausgenutzt werden, um sich Vorteile gegenüber Konkurrenten zu verschaffen. In diesem Falle geht die Initiative von den Unternehmern selbst aus. Die Strategie, in das „politische Kapital“ der Staatsangestellten zu investieren und die Interessen mit dem Einsatz von Gewalt durchzusetzen, hat sich bei den größeren Firmen als die ökonomisch bessere Variante herausgestellt – so moralisch bedenklich dies auch sein mag. Der Chef einer Investment-Firma drückt dies in einem Interview so aus:

„The role of the state is crucial today. Those who benefit from the [state] budget have much better chances to survive.”⁵⁶

Das Problem mit Bestechung ist, dass sich der Unternehmer, hat er einmal Gebrauch davon gemacht, aus dem Teufelskreis kaum wieder befreien kann. Wenn ein Staatsangestellter einmal solche Zahlungen erhalten hat, wird er immer „Provision“ für seine Leistungen verlangen.⁵⁷ Gleichzeitig begehen beide Parteien strafbare Handlungen, die wiederum zu Erpressung führen könnten. Um daraus herauszukommen, benötigt man wieder ein *kyšá* – vor ein Gericht zu gehen wäre auch für den Unternehmer ein Risiko, da er ja sich mit der Zahlung von Bestechungsgeldern selbst strafbar gemacht hat. Radaev stellt fest, dass diejenigen, die eher Bestechungsgelder an die Beamten zahlen (21 % der Befragten) meist unter starkem bürokratischem Druck stehen. Gleichzeitig geben sie aber an, dass die staatliche Kontrolle eher locker sei. Das ist Grund für die Vermutung, dass die hohen informalen Ausgaben dieser Manager dazu benutzt werden, sich von dem Druck freizukaufen und sich so z.B. die Steuerpolizei fern zu halten. Zu dieser Gruppe gehören vor allem kleinere, neu gegründete, nicht-staatliche Firmen.

Die beste Lösung scheint es zu sein, auf Gleichstand und Neutralität gegenüber der Bürokratie zu setzen. Diese Strategie führt i.d.R. zu relativ geringen informalen Geschäftsausgaben, geringer administrativer Bestrafung und einer lockeren externen Kontrolle. Rund 36 % der 1997/98 von Radaev befragten Unternehmer verhalten sich dieser Art.⁵⁸

Halten wir fest, dass die Bestechung in Russland eher eine feste Institution, denn ein Ausnahmefall ist. Die Lage hat sich nach dem *corruption-perception*-Index in den letzten Jahren sogar noch verschlechtert. 60 % der Unternehmer sehen es als schwierig oder unmöglich an, Bestechungszahlungen zu vermeiden und somit kein Wirtschaftsverbrechen zu begehen.

⁵⁵ Radaev 1999d, S. 68.

⁵⁶ Radaev 1999d, S. 71.

⁵⁷ Radaev 1999d, S. 70.

⁵⁸ Radaev 1999d, S. 73-74.

Kommen wir nur zu dem nächsten unternehmerischen Risiko, dass hier angeschnitten werden soll – die Verletzung von Geschäftsverträgen.

2.2.3.2. DIE VERTRAGSVERLETZUNGEN

Die mangelnde Vertragssicherheit (bzw. Rechtssicherheit) wird bei vielen Autoren und Beobachtern als eines der wichtigsten Probleme bei der wirtschaftlichen Transformation Russlands genannt.⁵⁹

Immerhin 92 % der Unternehmer bestätigen, dass heutzutage in Russland gegen Geschäftsvereinbarungen verstoßen wird, 49 % sind der Meinung, dass dies häufig geschieht. Lediglich acht Prozent der Befragten haben so etwas noch nicht erlebt.

Von den befragten Managern weisen 43 % auf gewisse Schwierigkeiten in ihren eigenen Beziehungen zu anderen Firmen und Kunden hin, die im Verlauf des letzten Jahres aufgetreten sind. Dabei stammen die Schwierigkeiten hauptsächlich aus Vertragsverletzungen.

Die Zahl derjenigen, die glauben, dass sich die Lage in den letzten Jahren verbessert hat (27,5 %) ist hier jedoch höher, als die Zahl derer, die eine Verschlechterung der Situation sehen (Siehe Tabelle 6). Die Probleme mit Vertragsverletzung scheinen also eher abzunehmen.

Wie schon bei den „Erfahrungen mit Waffengewalt“, zeigt sich auch hier, dass die Newcomer unter den Managern deutlich weniger Probleme mit ihren Partnern hatten, als die Erfahrenen. Diejenigen, die 1989-91 ihre Arbeit aufgenommen haben, machten zu 53 % Erfahrungen mit Vertragsbrüchen, diejenigen, die 1996-97 begonnen haben, hatten nur zu 30 % (siehe Tabelle 7). Vermutlich gilt auch hier, dass sich letztere gegen Vertragsbrüche mehr absichern, was wiederum mit den höheren Ausgaben für deren Geschäftssicherheit korreliert (siehe Tabelle 3).

Tabelle 6: Vertragsverstöße in der russischen Geschäftswelt (in %)⁶⁰

in der russischen Geschäftswelt generell	Häufig 49	gelegentlich 43	Keine 8
in der persönlichen Erfahrung	Häufig 32	gelegentlich 50	Keine 18
Veränderung in den letzten 2-3 Jahren	häufiger 22,5	keine Veränderung 50	weniger häufig 27,5
Möglichkeit, Verstöße zu vermeiden	unmöglich 11	schwierig 37	möglich 52

⁵⁹ Volkov 1999.

⁶⁰ Radaev 1999b, S. 9.

Tabelle 7: Probleme mit Partnern und Kunden innerhalb des letzten Jahres (in %)⁶¹

Erfahrungen als Manager	seit 1988	50
	seit 1989-1991	53
	seit 1992-1995	47
	seit 1996-1997	31

Die Erfahrungen mit Vertragsverletzungen sind jedoch nicht nur vom Anfangsjahr des Managements, sondern auch von der Branche abhängig. Am pessimistischsten äußern sich die Finanzunternehmen, bei denen 100 % der Befragten bereits Vertragsverstöße erlebt haben. Besonders oft berichten außerdem Firmen aus den Bereichen Dienstleistungen, Marketing und der industriellen Produktion über Probleme mit Geschäftspartnern. Weniger schwerwiegend ist das Problem im Einzelhandel, dem Gaststättengewerbe und im Dienstleistungssektor. Dies liegt vermutlich daran, dass die Kunden bei letzterem meist sofort bezahlen müssen. Ein Betrug oder eine Vertragsverletzung ist somit schwieriger möglich, als beispielsweise bei Krediten oder Aufträgen. Vor allem wer es mit Banküberweisungen zu tun hat, wird Opfer zahlreicher Zahlungsverzögerungen oder anderweitiger Tricks.⁶²

Diese Vertragsverstöße führen zu einem hohen Misstrauen und verursachen zusätzliche Transaktionskosten, um (i.) die Verlässlichkeit der Partner zu überprüfen, (ii.) um Betrüger oder Opportunisten zu bestrafen oder (iii.) wegen entgangener Gewinne und vergeblichem Einsatz von Mitteln.⁶³ Die Kosten, so Radaev, führten zu den höheren Ausgaben (für die Geschäftssicherheit) der Newcomer, weil diese sich noch kein Netzwerk vertrauenswürdiger Geschäftspartner aufbauen konnten.⁶⁴ Diese Argumentation scheint mir zwar plausibel, sie wurde aber von Radaev nicht empirisch unterlegt.

2.2.4. DIE REAKTION DER UNTERNEHMER AUF VERTRAGSVERLETZUNGEN

Wie reagieren die Unternehmer wenn sie betrogen werden?

- 55 % der Befragten versuchen zu verhandeln und zu überzeugen,
- 24 % wenden sich an ein Schiedsgericht,
- 11 % versuchen Gewalt anzuwenden,
- 4 % der Befragten tun nichts und
- 3 % versuchen später einen Ausgleich zu schaffen (indem sie dafür andere Geschäftspartner betrügen, um den entstandenen Schaden auszugleichen).⁶⁵

⁶¹ Radaev 1999b, S. 8.

⁶² Radaev 1999b, S. 10.

⁶³ Radaev 1999b, S. 12.

⁶⁴ Radaev 1999b, S. 11.

⁶⁵ Radaev 1999b, S. 13.

Der größte Teil der Befragten Manager wählt also einen informalen Weg, um die Unstimmigkeiten zu bereinigen. Es ist dabei leider nicht zu erkennen, ob sie selbst verhandeln oder vielleicht einen alternativen Schutzanbieter mit den Verhandlungen beauftragen. Nur ein Fünftel der Unternehmer wählt den formalen Weg über ein Schiedsgericht und nutzt somit das öffentliche Gut „Sicherheit“.

Diejenigen unter den Firmenchefs, die nur geringfügige Ausgaben für den Schutz ihrer Geschäfte haben, verhandeln normalerweise mit ihren Partnern, um strittige Fragen zu lösen (65 %). Wenn praktisch überhaupt kein Geld für Schutzmaßnahmen ausgegeben wird, tendieren die Manager dazu vor Gericht zu ziehen. Umgekehrt wenden sich diejenigen, die höhere informelle Ausgaben haben nicht oft an das Schiedsgericht (12,5 %).⁶⁶ Man kann vermuten, dass die Unternehmer, die es sich leisten können, ihre Forderungen auf anderem Wege durchzusetzen, eher dazu neigen, die staatlichen Schutzmechanismen nicht zu nutzen, da sie scheinbar nicht oder kaum wirksam sind.

Das geringe Zurückgreifen auf die Gerichte erklärt Fituni so:

„A characteristic feature is that victims almost never ask for the assistance of law enforcement bodies due to mistrust of these bodies and imperfect legislation. There is a high percentage of criminals among businessmen who maintain close contacts with the underworld.“⁶⁷

Dass jeder Zehnte Unternehmer als Reaktion auf Vertragsverletzungen die Anwendung von Gewalt in Erwägung zieht, ist erschreckend. Es ist ein Zeichen für die geringe Fähigkeit der russischen Institutionen, zivilisierte und effektive Streitschlichtungsmechanismen zur Verfügung zu stellen.

2.3. DIE GARANTEN DER SICHERHEIT?

Nachdem wir nun die Bedrohungen und Unsicherheiten der russischen Geschäftswelt kennengelernt haben, soll nachfolgend dargestellt werden, inwiefern durch die Staatsorgane Gerichte und Polizei das öffentliche Gut „Sicherheit“ für Unternehmer zur Verfügung gestellt wird.

Allgemein ist in Russland das Vertrauen in die legalen Institutionen eher gering. In einer Befragung russischer Bürger im Jahre 1994 beantworteten nur 4,4 % Frage, ob sie ihre Interessen durch die legalen Institutionen gleich vertreten fühlten, mit „ja“. 82,6 % stimmten der Aussage zu, dass nur die, die Macht haben durch legale Institutionen geschützt würden.⁶⁸

⁶⁶ Radaev 1999b, S. 14.

⁶⁷ Fituni 1999, S. 21.

⁶⁸ Varese 2001, S. 41, nach: W. L. Miller/Å. Grodeland/T. Koshechkina (1999), A Culture of Corruption: Bureaucratic Encounters in Postcommunist Europe, Budapest, Kapitel 1.

2.3.1. DIE GERICHTE

Bei der Betrachtung der Rolle der Gerichte werden hier nur auf die *Arbitraž*-Gerichte (Schiedsgerichte) behandelt, da sie für geschäftliche Streitigkeiten (solche eingeschlossen, die sich aus Vertragsbrüchen und Eigentumsansprüchen ergeben) und bei Streit mit staatlichen Stellen (über administrative Entscheidungen) zuständig sind. Sie existieren somit als Ergänzung zu den zivilen Gerichten. Das *Arbitraž*-System wurde 1992 als Nachfolge der sowjetischen *Gosarbitraž* eingeführt und 1995 reformiert. Obwohl sich nur 22 % der Unternehmer bei Problemen mit Geschäftspartnern an das Schiedsgericht wenden würden, lässt sich aus Tabelle 8 ablesen, dass das Gericht doch recht häufig angerufen wird.

Tabelle 8: Zahl der Entscheidungen der russischen Arbitraž-Gerichte pro Jahr⁶⁹

Gerichtsentscheidungen	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Zivile	358.000	330.000	264.447	190.471	213.662	244.467	258.999	280.583
Veränderung zum Vorjahr	--	-8,4%	-30%	-27%	+12,1%	+14,4%	+5,9%	+8,3%
administrative	N/A	5.446	10.857	17.610	23.629	44.272	80.043	115.108
Veränderung zum Vorjahr	--	--	+99,3%	+62,1%	+34,1%	+87,7%	+80,7%	+43,8%
Zahl der verschleppten Fälle in %	--	N/A	3,4%	1,5%	1,6%	3,6%	4,1%	3,3%

Bezüglich ihrer Effizienz und Schnelligkeit sind die Schiedsgerichte positiv zu bewerten. Sie haben die Auflage, die zivilen Streitfälle innerhalb von zwei Monaten, insofern sie Eigentumsfragen betreffen, sogar nur innerhalb eines Monats abzuschließen (vorausgesetzt die Akten sind komplett). Durchschnittlich ist ein Urteil nach zwei bis drei Wochen gefällt.⁷⁰

Die Gerichtskosten sind abhängig vom Streitwert und der Art des Falles. Ursprünglich betragen die Kosten bei Eigentumsfragen zehn Prozent des Streitwertes. Bei Vertragsstreitigkeiten beliefen sie sich auf 1.000 Rubel. Derart hohe Ausgaben waren für die Unternehmer Anfang der 90er Jahre kaum tragbar, was dazu führte, dass man den Weg zum Gericht eher mied. Seit den Reformen von 1995 und 1996 sind die Gerichtskosten geringer. Wenn der Kläger gewinnt, bekommt er diese außerdem zurückerstattet, andernfalls gehen sie an die föderale Kasse.⁷¹ Neu ist auch, dass der Kläger bei Nachweis von Zahlungsunfähigkeit die Erlaubnis erhält, die Prozesskosten erst später zu zahlen. Dem wird in der Regel auch stattgegeben.

Der kritische Punkt eines Verfahrens ist aber noch immer die Durchsetzung des Urteils. Zwischen Urteilsverkündung und Vollstreckung muss eine Frist von einem Monat eingehalten

⁶⁹ Varese 2001, S. 44.

⁷⁰ Varese 2001, S. 45.

werden. Wenn der Schuldige nicht mit dem Gericht zusammenarbeitet, können alle seine Konten eingefroren werden, bis die Schuld abgezahlt ist. Insofern er kein Geld besitzt, können Wertgegenstände der Person vom Gerichtsvollzieher beschlagnahmt und anschließend versteigert werden. Praktisch muss der Kläger aber selbst sicherstellen, dass das Urteil auch durchgesetzt wird. Um diese Maschinerie in Gang zu setzen, muss er bei dem Schiedsgericht erst einen Antrag mit einem beigefügten Zertifikat einreichen, das die Nichterfüllung des Schuldspruches bestätigt. Dieses muss außerdem vom Gerichtsvollzieher bewertet und unterzeichnet werden. Doch selbst dann ist es längst nicht sicher, dass wirklich Geld an den Geschädigten fließt. Durch die Frist von einem Monat gelingt es den Angeklagten oftmals, ihre Vermögenswerte und mögliche zu pfändende Güter bei Seite zu schaffen. Bei einem Interview mit Varese beklagten sich zudem die Mitarbeiter eines *Arbitrazh*-Gerichts, dass ihnen nicht einmal ein Transportmittel zur Verfügung stünden, um eine Pfändung durchzuführen.⁷² Die mangelnde Durchsetzung der Urteile stellt heute für die meisten Geschäftsleute das größte Hindernis für das Zurückgreifen auf die *Arbitrazh*-Gerichte dar.⁷³

Weshalb steigt dann aber die Zahl der Fälle seit der Senkung der Gerichtskosten wieder an, wenn die Urteile scheinbar wertlos sind? Dafür gibt es zwei Erklärungen. Schaut man sich die Tabelle 8 noch einmal genauer an, dann fällt auf, dass es vor allem die „administrativen Klagen“ sind, die zugenommen haben. Vor allem seit 1995 die Zahl der prozessführenden Richter von drei auf einen verringert wurde, ist es leichter, Klagen gegen den Staat (z.B. gegen bürokratische Entscheidungen, Steuerbescheide etc.) zu gewinnen. Ein Richter ist leichter „beeinflussbar“ als drei und der Staat verliert somit i.d.R. seinen Fürsprecher bei der Verhandlung. In diesem Falle ist auch die Durchsetzung des Urteils nicht so schwierig wie gegen nicht-staatliche Rechtspersonen, da der Staat eigene Konten hat und z.B. bei Steuerfragen einfach die nächste Steuerzahlung des Klägers verringert werden kann.⁷⁴

Das erklärt allerdings noch nicht, weshalb Unternehmer noch zivile Prozesse anstreben. Eine Antwort hierfür kann Hendley liefern. Er hat herausgefunden, dass viele Geschäftsleute die Urteile des Gerichtes als Basis nehmen, um nach Verkündung des Urteils, dieses über andere Wege (z.B. illegal) durchzusetzen:

„...formal legal institutions and private enforcement can also be complements. Private enforcers often review relevant legal documentation before acting. When a losing defendant fails to pay according to the

⁷¹ Hendley (1998a), Temporal and Regional Patterns of Commercial Litigation in Post-Soviet-Russia, in: Post-Soviet Geographie and Economics, 39/1: S. 388.

⁷² Varese 2001, S. 46-48.

⁷³ Hendley/Murrell/Ryterman (1999a), S. 26.

⁷⁴ Varese 2001, S. 49-50.

terms of an arbitrazh court decision and the victorious plaintiff seeks the assistance of private enforcement agents, these agents sometimes review the court decision before taking action”⁷⁵

Die Schutzagenturen scheinen es als weniger riskant anzusehen, legale Entscheidungen durchzusetzen. Solch ein Vorgehen beweist allerdings, dass der Staat nicht in der Lage ist exekutive Funktionen ausreichend wahrzunehmen.

Laut Varese und Volkov könnten die Gerichtsentscheidungen auch herbeigeführt werden, um ein Signal zu setzen, dass der Geschäftspartner nicht verlässlich ist.⁷⁶ Dies scheint plausibel, da angesichts des hohen Maßes an Unsicherheit die russischen Unternehmer besonders viel Wert auf verlässliche Partner legen müssten.⁷⁷ Hendley widerspricht dieser Argumentation allerdings, da Vertragsbrüche zu alltäglich wären, um andere abzuschrecken.⁷⁸

Doch nicht nur die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit der Urteile ist ein Grund, warum Unternehmer den gerichtlichen Weg eher meiden. Es besteht in Russland generell nur ein geringes Vertrauen in die Gerichte, was teilweise noch ein Erbe aus der Sowjetzeit ist. Auch ist es der Mafia gelungen, viele ihrer Leute zu Richtern und Staatsanwälten zu machen,⁷⁹ was – neben der Bestechlichkeit – dazu führt, dass die Urteile selten neutral und Entscheidungen oft käuflich sind.⁸⁰

Es scheint also verständlich, dass der Gang zum Gericht nicht die erste Wahl ist. Betrachten wir nun die Situation bei der Polizei.

2.3.2. DIE POLIZEI

Die russische Miliz ist in zwei Hauptgruppen eingeteilt: in die „*Miliz der öffentlichen Sicherheit*“ und die *Kriminalpolizei*. Beide sind dem Innenministerium unterstellt, werden aber aus unterschiedlichen Quellen finanziert.⁸¹ Erstere erhält ihre Mittel aus dem städtischen Haushalt. Ein Milizionär bekommt pro Monat – insofern sein Lohn überhaupt ausgezahlt werden kann – etwa 1000 Rubel, das entspricht ca. 35 Euro. Manche von ihnen müssen über ein halbes Jahr auf ihr Gehalt warten. Die Kriminalpolizisten – deren Mittel aus dem föderalen Haushalt stammen – werden für die gleiche Arbeit mit etwa 3000 Rubel entlohnt und dies zumeist pünktlich.

„Die unterschiedliche Finanzierung der Miliz wurde vor einigen Jahren eingeführt. Daraufhin büßten zahlreiche Milizionäre das Gefühl ein, daß sie als staatliche Bedienstete auch gemeinsam im Dienste des

⁷⁵ Hendley/Ickes/Murell/Ryterman (1997), S. 28.

⁷⁶ Varese 2001, S. 53 sowie Volkov 2002, S. 15.

⁷⁷ Dies bestätigt sich auch in den Untersuchungen Radaevs. 79 % Prozent der Befragten Manager sahen Aufrichtigkeit und Verlässlichkeit als wichtigste Eigenschaft an, die sie von ihrem Geschäftspartner erwarten. Radaev 1999b, S. 7.

⁷⁸ Hendley (1998b), S. 111-112.

⁷⁹ Schmidt 1996, S. 122-130 sowie Radaev 1999b, S. 14.

⁸⁰ Wie „neutral“ die russische Justiz ist, zeigte sich auch in letzter Zeit wieder deutlich bei dem Fall des Journalisten Grigorij Pasko vom Dezember 1995. In zahlreichen Berichten wird deutlich, dass Urteile in Russland oft politischer Natur und käuflich sind. Diese offensichtlichen Verstöße gegen die Neutralität der Gerichte und das Bewusstsein ihrer Käuflichkeit kann das Vertrauen in den Rechtsstaat Russland seitens der Unternehmer sowie der Bevölkerung nicht stärken.

Staates und der Gesellschaft stehen. Besonders stark scheint die Miliz der öffentlichen Sicherheit dieses Gefühl verloren zu haben.“⁸²

Aufgrund ihres geringen Gehaltes sind die Milizionäre gezwungen, sich alternative Finanzierungsquellen zu erschließen. Deswegen befasst sich die Miliz heute zwangsläufig nur eingeschränkt mit dem Schutz der Rechtsordnung. Ganze Einheiten sind damit beschäftigt, sich selbst zu finanzieren. Die Stadtverwaltungen greifen ihnen dabei sogar oft noch unter die Arme, denn diese haben zwar kein Geld, aber die Möglichkeit Verordnungen zu erlassen. In einer Rayonstadt im Gebiet Perm, wurde beispielsweise angeordnet, dass Brennholz nicht mehr in der Nähe von Wohnhäusern abgelagert werden darf, obwohl dieses dort seit Jahrhunderten als Brennmaterial verwendet wird und folglich immer nahe an der Häuser liegt. Außerdem wurde dort neben der Hunde- auch eine Katzensteuer erlassen. Zu den Pflichten der Miliz in Perm gehört es somit, Katzenbesitzern zur Kasse zu bitten und nach falsch gelagertem Holz zu suchen.⁸³ Die Liste solcher Beispiele alternativer Geldbeschaffung ließe sich beliebig fortsetzen.

Die Kriminalpolizei ist zwar besser finanziert, doch auch bei ihr reichen weder Zeit noch finanzielle Mittel, um die Kriminalität effizient bekämpfen zu können. Zudem wird die Arbeit der Kriminalpolizei nicht nach der tatsächlichen Wichtigkeit eines Falles, nur nach der Zahl der abgeschlossenen Fälle beurteilt und mit einem Plansoll belegt. Dabei ist es völlig belanglos, ob die Untersuchung gegen einen betrunkenen Radaumacher, einen Unterhaltsschuldner oder einen hochrangigen bestechlichen Beamten geführt wird. Würden die Untersuchungsrichter gegen die tatsächliche Kriminalität vorgehen, könnten sie ihre Planvorgaben nicht erfüllen und gäbe es Verweise statt Prämien. Dies führt dazu, dass zwar die russischen Gefängnisse voll, die wirklichen Verbrecher aber noch auf freiem Fuße sind.⁸⁴

Die Sinnlosigkeit solcher Polizeiarbeit bleibt auch der Bevölkerung nicht verborgen. Ihr Misstrauen gegenüber den Ordnungshütern ist extrem hoch. Von der Bevölkerung erwarten 70 % keine faire Behandlung durch die Polizei.⁸⁵ Ich selbst machte diese Erfahrung bei einem Aufenthalt in Moskau. Freunde, die mir für zwei Wochen ihre Wohnung überließen, verboten mir, mich an die Polizei zu wenden, falls jemand einbrechen sollte, vermutlich aus Angst um das übrige Inventar. Lediglich bei einem Mordfall sollte ich die Miliz anrufen. Es kommt scheinbar keiner auf den Gedanken, sich bei Problemen an die Polizei zu wenden.

Eine Erklärung dafür ist auch in der russischen Polizeikultur zu finden. Dieser enthalte nach Bäckman folgende acht Kernelemente⁸⁶:

⁸¹ Wenn in Russland von „Polizei“ gesprochen wird, ist damit die Steuerpolizei gemeint

⁸² Laikow 1999, S. 1.

⁸³ Laikow 1999, S. 1-2.

⁸⁴ Laikow 1999, S. 2-3.

⁸⁵ Varese 2001, S. 41.

⁸⁶ Diese Kernelemente hat Bäckman aus Interviews mit russischen Polizeibeamten gewonnen. Er unterscheidet dabei nicht zwischen Miliz und Polizei gleichbedeutend.

„The Russian Police

1. Are an instrument of political rule and influence;
2. Merely secure the state interests than protects the public;
3. Exaggerates and inflates the crime problem out of all proportion;
4. Applies criminal law rather according to analogy than legality principles;
5. Considers penetration into all aspects of privacy as duty;
6. Targets activity considered as ‘socially dangerous’;
7. Suppresses all private enterprises, particularly private businesses;
8. Concentrates on stigmatization, filing and repression of dangerous elements.”⁸⁷

Die Polizei sieht sich selbst eher als Schützer der Interessen des Staates, denn als Garant der Sicherheit der Bürger. Die befragten Polizisten machten keinen Hehl daraus, dass für sie jedes Business kriminell, alle Geschäftsleute Banditen sind (bzw. mit ihnen zusammenarbeiten) und teilweise auch, dass jeglicher Schutz von ökonomischen Interessen ohne staatliche Intervention organisierte Kriminalität sei.⁸⁸

„Profit making was described as ‘dirty ideology’ by my informants in the Russian police. One of the author’s informants in the Russian Police. One of the authors informants from the tax police maintains that although the business activities indeed might be on legal basis *de jure*, the are *de facto* ‘criminal’ because the contradict state interests.”⁸⁹

Spiegeln diese Informanten die Realität der russischen Polizeieinheiten wieder und stimmt Bäckmans Kernannahme Nummer vier, dass die Polizei die legalen Prinzipien nicht achtet, müssen sich Polizei und Unternehmertum folglich feindlich gegenüber stehen. Vor diesem Hintergrund scheint es auch plausibel, dass nur 13 % der russischen Manager bei Problemen mit Gewalt und Bedrohung auf die Polizei zurückgreifen. Geschäftssicherheit wird somit bestenfalls indirekt, durch die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, als öffentliches Gut zur Verfügung gestellt.

Mit der politischen Wende in Russland ging auch eine Verringerung des Polizeipersonals einher. In den Jahren 1987/88 wurden 25.000 Mann, 1989 weitere 32.000 entlassen. 1990 wurde der Personalbestand auf 475.000 Personen geschätzt.⁹⁰ 1991 gab ein Sprecher des Innenministeriums bekannt, dem seiner Behörde 60 % ihrer erfahrenen Experten fehlten, von der Ausrüstung ganz zu schweigen.⁹¹ Radaev meint aber, die Polizei sei in den letzten Jahren effektiver geworden⁹² und Bäckman beschreibt sie als modern und entwickelt.⁹³ Nichts desto trotz sieht Varese die Polizei noch immer als personell unterbesetzt an.⁹⁴ Dies erklärt sich aus

⁸⁷ Bäckman 1999, S. 260.

⁸⁸ Bäckman 1999, S. 267.

⁸⁹ Bäckman 1999, S. 267.

⁹⁰ Varese 2001, S 56, nach: TASS 27. Juni 1989 sowie Radio Moskva, 13. März 1990.

⁹¹ Varese 2001, S. 56, nach: Izvestija, 9. Juli 1991.

⁹² Radaev 1999c, S. 50.

⁹³ Bäckman 1999, S. 259.

⁹⁴ Varese 2001, S. 56.

deren geringen Gehältern sowie dem schlechten Ruf. Trotz der Massenarbeitslosigkeit ist es heute kein Problem, sich bei der Miliz zu melden und eingestellt zu werden. Erforderlich sind Oberschulbildung, das entsprechende Alter und körperliche Fitness. Nach einer zweimonatigen Schulung und einem Monat Probezeit kann man dann die Offizierslaufbahn einschlagen. Folglich ist heute ein Großteil der Milizoffiziere nur schlecht ausgebildet, rechtsunkundig und in moralischer Hinsicht bedenklich.⁹⁵

Wir sehen, dass die Polizei für einen russischen Manger ein sehr zweifelhafter und unbefriedigender Garant für Sicherheit des darstellen muss.

Da auch die Eigentums- und Verfügungsrechte Bestandteil meiner Definition unternehmerischer Sicherheit waren, sollen deren Situation nachfolgend bewertet werden.

2.4. DIE EIGENTUMS- UND VERFÜGUNGSRICHTE IN RUSSLAND

Zur Zeit der sowjetischen Planwirtschaft waren die Eigentums- und Verfügungsrechte zersplittert, schlecht koordiniert und nicht klar definiert.⁹⁶ Dieser Missstand hat sich in Russland während der Transformation zur Marktwirtschaft nicht grundlegend geändert. Effiziente Eigentumsrechte wurden nicht eingeführt, weil, so Varese, schlichtweg die Lobby für dieses Vorhaben gefehlt habe.⁹⁷ Hinzu kommt, dass (wie in vielen Transitionsökonomien) die rechtlichen und gerichtlichen Kapazitäten begrenzt waren. Gleichzeitig haben die starken institutionellen Veränderungen, die hohen Zinsraten in der Schattenwirtschaft und die kurzen Zeithorizonte der Akteure während des Transformationsprozesses die Effektivität der impliziten Verträge noch verschlimmert.⁹⁸ Arrow beschreibt dies wie folgt:

„Property systems are in general not completely self-enforcing. They depend for their definition upon a constellation of legal procedures, both civil and criminal. The course of the law itself cannot be regarded as subject to the price system. The judges and the police may indeed be paid, but the system itself would disappear if on each occasion the were to sell their services and decisions. Thus the definition of property rights based on the price system depends precisely on the lack of universality of private property and the price system (...). The price system is not, and perhaps in some basic sense cannot be, universal. To the extent that it is incomplete, it must be supplemented by an implicit or explicit social contract.”⁹⁹

Die, für sichere Eigentums- und Verfügungsrechte notwendige Rechtssicherheit¹⁰⁰ sieht Prizl bis heute in Russland nicht verwirklicht. Folgende Faktoren sind dafür verantwortlich: (i.) Eine

⁹⁵ Laikov 1999, S. 4.

⁹⁶ Priewe 2000, S. 44.

⁹⁷ Varese 2001, S. 28.

⁹⁸ Stiglitz, 1999, S. 8.

⁹⁹ Stiglitz 1999, S. 8, zitiert nach: Kenneth Arrow (1972), Gifts and Exchanges, in: Philosophy and Public Affairs, 4, 1/1972, S. 357.

¹⁰⁰ Die notwendigen Bestandteile für Rechtssicherheit sind: Rechtsklarheit, Rechtszugänglichkeit, Rechtskontinuität sowie die Rechtsdurchsetzung. Prizl 1998, S. 205.

Vielzahl von inkonsistenten, sich häufig widersprechenden oder sogar nicht bekannten Gesetzen führen zu einer Situation rechtlicher Unklarheit. Hinzu kommt die Überlastung des Verfassungsgerichtes. (ii.) Es existieren eine unzureichende Gewaltentrennung, fehlende rechtsstaatliche Elemente und (iii.) die Möglichkeit rückwirkender Gesetze. Weitere Hindernisse für die Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit sind (iv.) geringe Akzeptanz und Respektierung der Gesetze sowie (v.) die unzureichende Durchsetzung des geltenden Rechts.¹⁰¹

Eine Ursache für die schwachen Eigentumsrechte liegt auch in dem eingeschlagenen Weg der Privatisierung ohne vorherige Anpassung der Institutionen.

2.5. FAZIT

Es wurde gezeigt, dass gewalttätige Bedrohung und Erpressung in der russischen Geschäftswelt ein ernsthaftes Problem darstellen. Zwar hat sich die Lage aus Sicht der Unternehmer in den 90ern scheinbar verbessert, gleichzeitig geben aber auch die Newcomer unter den Managern mehr Geld für ihre eigene und die Sicherheit ihrer Unternehmung aus. Dies weist darauf hin, dass Sicherheit nicht als „öffentliches Gut“ zur Verfügung steht, sondern erkaufte werden muss. Die Polizei ist mit ihrer Aufgabe die Sicherheit zur Verfügung zu stellen überfordert, da ihr finanzielle und personelle Ressourcen fehlen.

Eine weitere Unsicherheit stellen die Vertragsverletzungen dar, obwohl auch hier eine Tendenz zur Verbesserung zu erkennen ist. Vor allem Manager die neuer im Geschäft sind, haben weniger Probleme damit. Doch auch an dieser Stelle ist wieder darauf hinzuweisen, dass sie aber auch höhere Ausgaben haben, um die Unsicherheiten zu umgehen, Partner zu prüfen, Verträge absichern zu lassen etc.

Die zuständigen *Arbitraž*-Gerichte werden nur in einem Viertel der Fälle angerufen. Das Problem dieser Schiedsgerichte ist in erster Linie die Durchsetzung der Urteile.

Polizei und Gerichte sind weder die Instanz, die für die Unternehmer das nötige Maß an Sicherheit als öffentliches Gut zur Verfügung stellen, noch sind sie fähig, Konflikte und Spannungen auf einem institutionalisiertem Wege zu lösen. Aufgrund dessen entsteht eine Nachfrage nach alternativen Anbietern von Sicherheit, einer anderen regulierenden Kraft. Um diese „anderen“ Anbieter von Schutz soll es nachfolgend gehen.

3. Alternative Anbieter von Schutz

Volkov unterscheidet diese „Sicherheits-Dienstleister“ nach ihrem legalen Status in drei Gruppen: (i.) *Privat und illegal*: Diesen Bereich decken die kriminellen Gruppen ab. (ii.) *Nicht-*

¹⁰¹ Prizl 1998, S. 206-207.

staatlich und legal: Dies sind die privaten Schutzfirmen. (iii.) *Staatlich und Illegal*: Dies sind Mitglieder der Staatspolizei oder der Sicherheitskräfte, die als private Unternehmer agieren.¹⁰² Ich möchte diese Einteilung in der nachfolgenden Darstellung weitgehend beibehalten. Allerdings werde ich die dritte Gruppe um die *staatlichen legalen* Schutzanbieter erweitern. Dies sind staatliche Sicherheitskräfte, die legal privaten Schutz anbieten, allerdings für ihre Dienste extra Gebühren verlangen. Wenden wir uns nun einer genaueren Betrachtung der drei Gruppen zu.

3.1. PRIVATE UND ILLEGALE SCHUTZANBIETER

Die privaten-illegalen Schutzanbieter waren die ersten und zu Beginn der Transformation in Russland die einzigen, die auf dem entstehendem „Sicherheitsmarkt“ aktiv wurden. Die kriminellen Gruppen die in das Sicherheitsgeschäft mit Schutzgelderpressung einstiegen, haben ihren Ursprung in der Schattenwirtschaft der Sowjetunion, wo sie mit Erpressung, *card depts recovery* und dem Beschützen der Schattenwirtschaft ihr Geld verdienten. Die Mitglieder dieser Gruppen waren zumeist Kriminelle und ehemalige Lagerhäftlinge.¹⁰³ Ende der 80er Jahre tauchten auch sehr bald neue Banden auf, die zumeist von ehemaligen Spitzensportlern, insbesondere Ringern, Boxern, Gewichthebern oder Bodybuildern, geleitet wurden. Doch auch rund ein Fünftel der Polizisten (ca. 12.000) die ihr Amt verlassen haben, seien zur anderen Seite übergelaufen, wie 1993 der russische Innenminister wissen ließ.¹⁰⁴ Die für die Anwendung von Gewalt notwendigen Waffen kommen vor allem aus den Beständen der Sicherheitskräfte. Es wird geschätzt, dass dort jedes Jahr ca. 30.000 Waffen verschwinden. Auch auf dem Schwarzmarkt war 1995 eine Schusswaffe bereits ab 43 USD bekommen.¹⁰⁵

Die Zahl der kriminellen Gruppen wuchs sehr schnell. Wurde ihre Anzahl 1988 nach offiziellen Statistiken noch mit 50 angegeben, so betrug sie 1993 schon 5.691 (siehe Tabelle 9).

Tabelle 9: Anzahl der kriminellen Gruppen nach offiziellen Statistiken¹⁰⁶

Jahr	1988	1991	1992	1993
Anzahl	50	4.300	5.691	5.691

Die kriminellen „Schutzagenturen“ begannen sich mit der Entstehung erster privaten Firmen und Kooperativen in Russland 1987-88 zuerst auf dem Feld der Schutzgelderpressung zu betätigen. Dies ist eine sehr primitive Form, von Unternehmen Geld abzuschöpfen, bei der eine Firma von einer kriminellen Organisation physisch bedroht und damit einem Risiko ausgesetzt wird, aus dem sich der Bedrohte dann freikaufen muss. Wird ein bestimmter Betrag an den

¹⁰² Vgl. Volkov 1999c, S. 44.

¹⁰³ Vgl. Volkov 1999b, S. 742.

¹⁰⁴ Varese 2001, S. 56. Der russische Innenminister wurde zitiert nach: Kommersant Daily, 16. Feb. 1993.

¹⁰⁵ Varese 2001, S. 58.

Erpresser gezahlt, so geschieht dem bedrohtem Objekt nichts. Für diese Zahlung erhält das Unternehmen aber nicht nur physischen Schutz vor dem Bedrohenden selbst, sondern auch vor anderen kriminellen Gruppen, Räubern usw. Diese „Geschäftsbeziehung“ nennt sich in Russland *Kryša* (Dach), was gleichbedeutend mit „Schutz“ verwendet wird. Opfer dieser aufgezwungenen „Geschäftsbeziehung“ wurden vor allem kleine Kooperativen und Händler. Laut Schmidt gab es in der Anfangszeit der russischen Privatisierung kein Unternehmen, das ohne Schutzgelderpresser tätig sein konnte. Die einzige Wahlmöglichkeit des Unternehmers bestand darin, sich das richtige *Kryša* auszusuchen, unter dessen Schutz man fortan stehen möchte.¹⁰⁷ Ohne Dach ist man sich weder seines Lebens noch seiner Unternehmung sicher.

Auch in zahlreichen Gesprächen mit deutschen Unternehmern in Russland wurde mir berichtet, dass man als Unternehmer ein Dach braucht. Einer meiner Gesprächspartner hatte 1990 in Russland eine Firma eröffnet, die mit Altmetallen handelte. Nach einem halben Jahr erfolgreicher Geschäftstätigkeit wurde er von der Mafia aufgefordert sein Geschäft aufzugeben, wenn ihm sein Leben und das seiner Partnerin wichtig wäre. Als er sich weigerte, seine Firma zu schließen, brach die Mafia mit Maschinenpistolen bewaffnet in seine Wohnung ein und bedrohte ihn erneut. Er gab sein Geschäft auf – sich an die Polizei zu wenden sah er als „sinnlos“ an. Ziel der Bedrohung war in diesem Falle das Ausschalten eines lästigen Konkurrenten. Heute ist er in Moskau geschäftlich tätig. Seinen Schutz gewährt ihm ein Bekannter und ehemaliger Mitarbeiter des Militärischen Abschirmdienstes, den er bei Problemen mit der Mafia „nur anrufen“ muss. Besitzt man wie in oben geschildertem Fall kein Dach, bleibt einem nur die Exit-Option, dass heißt Geschäftsaufgabe oder Flucht.¹⁰⁸

Die Beziehung zwischen Unternehmern und ihrem Dach ist aber nicht immer aufgezwungen. Wie in Kapitel 2 gezeigt wurde, stellen nicht nur Gewaltanwendung, sondern auch Vertragsbruch und Betrug in der russischen Geschäftswelt gerade zu Beginn der Transformation ernstzunehmende unternehmerische Bedrohungen dar,¹⁰⁹ die eine Nachfrage nach einer regulierenden Kraft entstehen ließen. Diese Situation fasst Volkov folgendermaßen zusammen:

„The combination of high risk and the shortage of protection and justice created institutional demand for enforcement partners, a kind of business mediators who could ensure the smooth functioning of private business.”¹¹⁰

Er nennt die Beziehung „Durchsetzungs- bzw. Gewalt-Partnerschaft“ (*silovoe partnerstvo*), und schreibt den kriminellen Agenturen die Rolle des „Mediators“ zu. Auch Schmidt schildert,

¹⁰⁶ Vgl. Volkov 1999.

¹⁰⁷ Schmid 1996, S. 46, 62-63.

¹⁰⁸ Schmid 1996, S. 63.

¹⁰⁹ Vgl. Volkov 1999b, S. 742.

¹¹⁰ Volkov 1999b, S. 742.

dass bei Streitigkeiten oft Mafia-Bosse die Entscheidungen fällen, die dann von den Parteien anerkannt werden.¹¹¹ Dies übersteigt aber deutlich die Tätigkeiten eines Erpressers.

In der Tat haben sich die kriminellen Gruppen seit Anfang der 90er Jahre verändert. Diese Veränderungen betreffen das Aufgabenspektrum, die Form der Beziehung zu den Unternehmen, aber auch das Auftreten und die Arbeitsweise der Agenturen. So ist heute die Funktion der kriminellen Gruppen nicht mehr nur die Gewährung von physischem Schutz, sondern ihr Service wird allgemein mit der Formel „Probleme lösen“ (*rešat' problemy*) benannt. Die kriminellen Schutzanbieter passten ihr Angebot der steigenden Zahl privater Unternehmer und der zunehmenden Komplexität wirtschaftlicher Beziehungen an. So übernahmen sie neben dem physischen Schutz auch das Eintreiben von Schulden, das Durchsetzen von Verträgen, Streitschlichtung, Verhandlungen mit Behörden über Registrierungen, Exportlizenzen, Steuern usw.¹¹² Vertreter krimineller Gruppen nehmen heute an den Geschäftsverhandlungen teil, geben informale Garantien für Transaktionen und Anforderungen der im Geschäft beteiligten *enforcement*-Partner. Oft sind die preiswerten Kredite krimineller Gruppen für kleine Unternehmer¹¹³ auch die einzige Chance, an das notwendige Startkapital heranzukommen, da die Banken in der Regel nicht an Kleinkunden interessiert sind. Wenn doch, sind die Zinsen meist untragbar.¹¹⁴ Dies ist noch heute ein Grund dafür, dass auch neue Unternehmer in die Hände krimineller Gruppen geraten können.

Die Beziehungen zwischen Unternehmen und Schutzagentur begannen in den 90er Jahren enger und verwobener zu werden. Die kriminellen Gruppen kauften Anteile an Firmen, platzierten ihre Vertreter in den Firmenleitungen und erwarben wirtschaftliche Aktiva.¹¹⁵ Damit können die kriminellen Gruppen nicht nur die Einnahmen „ihrer“ Firmen besser kontrollieren, sondern sie bestimmen dort auch wichtige Entscheidungen mit. Die Folge davon ist, dass heute in Russland große Verträge fast nur noch unter Beteiligung der *enforcement*-Partner abgeschlossen werden. Zum formalen Abschluss eines Vertrages kommt es erst, nachdem sich die *enforcement*-Partner einander erkannt und Garantien ausgehandelt haben.¹¹⁶

Zu dieser Darstellung passen auch die Erfahrungen, die mir ein Mitarbeiter eines EU-Energieprojektes in Novosibirsk schilderte: Er berichtete von den Problemen, beim Versuch mit russischen Firmen Geschäftskontakte aufzunehmen. Es sei fast unmöglich innerhalb der Firma den richtigen Gesprächspartner zu finden. Man muss in der Regel nicht mit dem Geschäftsführer, sondern mit demjenigen, der als Vertreter der Mafia (des Daches) in der Firma

¹¹¹ Schmidt 1996, S. 75.

¹¹² Volkov 2002, S. 9.

¹¹³ Galeotti 1999, S. 36 sowie Volkov 2002, S. 15.

¹¹⁴ Radaev 1999b, S. 25-26.

¹¹⁵ Volkov 1999b, S. 742-743.

¹¹⁶ Volkov 1999b, S. 746.

sitzt, Verhandlungen aufnehmen. Diesen ausfindig zu machen, sei aber für ihn, als Manager ohne „Dach“, fast unmöglich gewesen. Dieses Beispiel führt vor Augen, wie schwierig es für Außenstehende ohne „Partner“ ist, in Russland Geschäfte zu machen. Die Dächer bilden einen Rahmen, in dem sich wirtschaftliches Handeln abspielt.

Die Verhaltensweisen der kriminellen Gruppen sind in den letzten Jahren zivilisierter und ihre Ziele und Handlungshorizonte langfristiger geworden. Die Zeit des schnellen Geldverdienens in Russland neigte sich mehr und mehr ihrem Ende zu, hinzu kam seit 1992 die zunehmende Konkurrenz auf dem Sicherheitsmarkt durch die legalen, privaten Schutzfirmen und drittens musste das illegal verdiente Geld auch gewaschen werden. Die Folge davon ist, dass heute viele ehemalige Mafia-Bosse Führer großer, legaler Firmen sind. Zum Beispiel investierte die mächtigste kriminelle Gruppe in St. Petersburg, die Tambovskaja, in das Ölgeschäft und schuf die riesige Holding Petersburg Fuel Company (PTK), die heute den Petersburger und den gesamten nord-westlichen Ölmarkt Russlands dominiert.¹¹⁷ Der Kopf der Mafia-Gruppe wurde der Vizepräsident der Holding. Auch der Eigentümer der Krasnojarsker Aluminiumfabrik, der ehemalige Boxer und Kriminelle A. Bykov oder der Unternehmer S. Mikhailov, ebenfalls bekannt als der Gründer der *Solnetsjanskaja* Mafia-Gruppe, sind Beispiele dieser Entwicklung. Die meisten ehemaligen Führer krimineller Gruppen haben den Sprung zu respektablen Persönlichkeiten des wirtschaftlichen und politischen Lebens geschafft.¹¹⁸ Somit beginnen sich schwarzer, grauer und weißer Markt zu vermischen.

Der Einstieg in das Wirtschaftsleben bringt eine Anpassung an wirtschaftliche Regeln und Umgangsformen sowie eine Annäherung an eine „Wirtschaftskultur“ mit sich. Risiko-angepasstes und rationales Verhalten begann sich durchzusetzen. So ist auch das, von den Managern in den Umfragen angegebene zivilisiertere Verhalten der ehemaligen Erpresser zu verstehen.

Was kostet den Unternehmer die *enforcement-partnership*? Generell ist kein fester Preis vorhanden. Er richtet sich nach den Risiken. Im Durchschnitt beträgt dieser allerdings für das „Lösen von Problemen“ 20-30 % der Einnahmen des Klienten. Wenn die kriminelle Gruppe Anteile an „ihrem“ Unternehmen hat, erhöhen sich selbstverständlich deren Gewinne. Für das Eintreiben der Schulden hat sich ein Betrag von 50 % der Geldsumme eingestellt.¹¹⁹

Wie sind diese kriminellen Gruppen und deren Anstieg zu bewerten? In der Presse erfährt man oft eine sehr einseitige und negative Betrachtungsweise der russischen organisierten Kriminalität und der Russenmafia. Doch damit muss man vorsichtig sein, denn es wird dabei der Aspekt übersehen, dass ihre Entstehung durch den eklatanten Mangel des öffentlichen Gutes

¹¹⁷ Volkov 1999b, S. 747.

¹¹⁸ Volkov 1999 sowie Volkov 1999b, S. 742-473.

¹¹⁹ Vgl. Volkov 1999b, S. 743 sowie Radaev 1999c, S. 40.

„Sicherheit“ unterstützt wurde und dass ohne sie wirtschaftliches Handeln in den Anfangsjahren der russischen Transformation nicht möglich gewesen wäre. Eine Folge davon ist aber auch, dass der Staat seine regulierende Funktion an kriminelle und nicht kontrollierbare Marktteilnehmer abgeben musste. Die kriminellen Gruppen sind fest in die russische Wirtschaft eingebunden. Laut Angaben des MVD von Ende 1997 waren 40.000 Wirtschaftssubjekte, darunter 1.500 Staatsfirmen, 500 Kapitalgesellschaften sowie 500 Banken in den Händen ihren Händen.¹²⁰

3.2. NICHT-STAAATLICHE UND LEGALE SCHUTZANBIETER

Nicht-staatliche aber legale Anbieter von Schutz sind die privaten Sicherheitsagenturen (*obhannye agenstva*). Mit dem föderalen Gesetz über die „privaten Schutz- und Detektiv-Tätigkeiten“ vom März 1992 wurde die Möglichkeit geschaffen, dass Schutz-Agenturen auch auf legaler Basis arbeiten konnten. Das Gesetz regelte die Art ihrer Aktivitäten und die Grundregeln der neuen Wirtschaftsbranche. Es erlaubt ihnen das Tragen und Benutzen von Waffen und einen weiten Aktionsradius für folgende Aktivitäten: physischen Schutz von Bürgern und Eigentum, Sicherheitsberatung, Daten über Gerichtsverfahren recherchieren, Durchführen von Marktanalysen, Informationen über unzuverlässige Geschäftspartner einholen, Geschäftsgeheimnisse und Marken schützen, nach vermissten Personen suchen, verlorenes Eigentum zurückholen sowie das Durchführen von Nachforschungen über die Biographien von potentiellen Mitarbeitern von Klienten.¹²¹ Mit einem neuen Gesetz von 1995 erhielten sie noch wesentlich weitreichendere Befugnisse der Bewachung, des Suchens und Festhaltens.¹²² Wie später noch gezeigt wird, überschreiten die Sicherheitsagenturen auch oft die Grenze der Legalität, was bis hin zum Auftragsmord gehen kann.

Es wird unterschieden zwischen den privaten Detekteien (*chastnye detektivnye agenstva*), den unternehmensinternen privaten Sicherheitservices (*chastnye sluzhby bezopasnosti*) und den privaten Sicherheitsfirmen (PSF, *chastnye okbrannye predpriyatija*).¹²³ Volkov meint, dass das Gesetz 1992 weder eingeführt wurde, um den Institution-Building-Prozess voranzubringen, noch um die Sicherheitslage zu verbessern, sondern es war eine taktische Entscheidung, um den ehemaligen Mitarbeitern der „Machtministerien“ die Möglichkeit einer Wiederbeschäftigung zu verschaffen.¹²⁴

Das private Sicherheitsgewerbe konnte seit seiner Legalisierung 1992 einen rasanten Aufstieg verzeichnen. Ende 1998 existierten fast 11.000 Agenturen. Ihre Beschäftigtenzahl lag

¹²⁰ Fituni 1999, S. 18 sowie Volkov 1999b, S. 478, nach: Zashchita ibezopasnost', 1998, Heft 2, S. 4-5.

¹²¹ Volkov 2002, S. 4.

¹²² Varese 2001, S. 62, nach Marc Galeotti (1998), Private Security and Public Insecurity: The Rise and Implications of the Russian Security Industry (mimeo), S. 5. sowie Varese 2001, S. 64.

¹²³ Volkov 2002, S. 4.

¹²⁴ Volkov 2002, S. 11.

Ende 1997 bei 140.600. Wobei sich ab Ende 1996 der Markt stabilisiert hatte und die Möglichkeiten eines weiteren Anstieges weitgehend erschöpft waren (Tabelle 10).

Tabelle 10: Das Wachstum des privaten Sicherheitsgewerbes in Russland von 1992 bis Ende 1999¹²⁵

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Private Sicherheits-Services	0	2.356	2.931	4.591	5.247	5.005	4.580	4.612
Private Sicherheitsfirmen	0	1.237	1.586	3.247	4.434	5.280	5.995	6.775
Private Detekteien	0	947	2.088	149	182	809	434	k.A.
Gesamtzahl aller Agenturen	0	4.540	6.605	7.987	9.863	10.487	10.804	11.525
Agenturen, die von den Behörden geschlossen wurden			73	640	662	9.78	1.364	1.277

Der Anstieg der Gesamtzahl der Agenturen ist ab 1996 vor allem auf den der privaten Sicherheitsfirmen zurückzuführen, während die Zahl der firmeninternen Sicherheitservices graduell abnahm. Sie erwiesen sich teurer als die privaten PSF.

Die in der Literatur angebotenen Zahlen differieren jedoch. Der FSB gab im September 1997 die Anzahl privater Sicherheitsagenturen insgesamt mit 6.000 an.¹²⁶ Die Zahl der lizenzierten Mitarbeiter belief sich nach Varese 1999 auf 196.266 Personen.¹²⁷ Laut *Argumenty i Fakty*, arbeiteten 1997 bei unlizenzierten Firmen nicht mehr als 200.000 Personen.¹²⁸ Das Sicherheitskomitee der Staatsduma hingegen schätzte bereits 1995 die Zahl der Mitarbeiter auf 800.000, wobei die unregistrierten Firmen eingerechnet wurden.¹²⁹ Unabhängig davon, wie hoch die Zahlen wirklich sind, scheint es mir wichtig, dass die Zahl der Polizisten im Vergleich dazu sehr gering ist, betrug sie doch schon 1990 nur geschätzte 475.000 Mann.¹³⁰ Die privaten Sicherheitsdienste haben also inzwischen eine Personalstärke erreicht, die, je nach Quelle, im geringsten Falle gleich hoch, im extremsten Falle doppelt so hoch ist wie die der Polizei im Jahr 1990, als die Zahl ihrer Mitarbeiter sogar noch relativ hoch war. So ist es verständlich, dass Volkov die PSF heute in Russland als die Schlüsselakteure im Bereich Sicherheit und Vollstreckung ansieht. Sie konnten sich gegen ihre direkten kriminellen Konkurrenten durchsetzen.¹³¹

Obwohl keine einheitlichen Statistiken über die Verteilung dieser Firmen existieren, geht Volkov davon aus, dass ihre Anzahl und Größe zu den Geschäftsaktivitäten in der jeweiligen Region proportional sind. In der Stadt und Region Moskau arbeiteten zum Beispiel 1997 mehr als 30.000 Personen in mehr als 1.500 privaten Sicherheitsagenturen. In St. Petersburg und Region

¹²⁵ Volkov 1999, Volkov 2002, sowie Varese 2001, S. 61.

¹²⁶ Kommersant-Daily, 12. März 1997

¹²⁷ Varese 2001, S. 62.

¹²⁸ Varese 2001, S. 62, nach: *Argumenty i Fakty* Heft 22/1997, o.S.

¹²⁹ Moscow Times, 31. Okt. 1995.

¹³⁰ Varese 2001, S. 56.

Petersburg betrogen beide Werte ungefähr die Hälfte. In Chelyabinsk existierten 1999 150 und in Novgorod 50 bis 60 solcher Agenturen.¹³²

Diese sprunghafte Entwicklung der PSF in Russland ist nicht ohne entsprechende Kapazitäten von ausgebildeten Mitarbeitern denkbar. Die wichtigste Personalressource der PSF sind ehemalige Staatsangestellte aus den Exekutivorganen der inneren und äußeren Sicherheit der ehemaligen Sowjetunion. Die funktionale Krise dieser staatlichen Strukturen Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre sowie der moralische Druck durch die öffentliche Meinung, in der die „Bestrafungsorgane“ noch immer eine Organisation des „totalitären“ Staates waren, führte dort zu Massenentlassungen und Umstrukturierungen. Außerdem wuchs wegen des Rückgangs der Finanzmittel für Staatssicherheit und Polizei die Notwendigkeit einer alternativen Quelle für Sicherheit, die den Haushalt nicht belastet.¹³³ Dieser Entwicklung folgte 1991/92 eine Reform des KGB. Durch Aufteilung und Verkleinerung des Geheimdienstes zwischen September 1991 und Juni 1992 verloren 20.000 Mitarbeiter ihre Anstellung. Nach der Staatskrise im Oktober 1993 wurden nochmals 11.000 Angehörige der Staatssicherheit entlassen. Eine ähnliche hoch ausfallende Entlassungswelle gab es auch im Innenministerium (MVD). Viele der ehemaligen Staatsangestellten fanden im wachsenden privaten Sicherheitssektor eine neue Anstellung und besetzten dort vornehmlich Schlüsselpositionen. Heute sind die meisten Führungspersonen der großen privaten Sicherheitsfirmen ehemalige Mitarbeiter des Geheimdienstes KGB, des MVD oder des Geheimdienstes der Armee im ungefähren Verhältnis von 50 % zu 25 % zu 25 %. Insgesamt kamen so fast 50.000 Mitarbeiter der ehemaligen staatlichen Behörden in der neuen Branche unter.¹³⁴ Zahlreiche Geheimdienstler waren ohnehin schon zuvor Mitarbeiter krimineller Schutzagenturen, um durch „Kontrolle von innen“ diese zu infiltrieren. Ihre Aufgaben verschmolzen dann mit eigenen wirtschaftlichen Interessen der Geheimdienstler, als das legale Sicherheitsgeschäft zu wachsen begann.¹³⁵

Die erste private Schutzagentur „Aleks“ wurde bereits 1991 in Moskau eröffnet und half bei der Entwicklung der neuen Regelungen mit. Ihr Chef war der ehemalige Oberst des Armeegeheimdienstes A. Markarov. Es gibt zahlreiche Beispiele, bei denen große Schutzagenturen faktisch privatisierte Geheimdienstabteilungen sind.¹³⁶

Die Vorteile der privaten Sicherheitsdienste sind ihre Professionalität, die Benutzung von „*business information analysis*“ sowie eine enge Beziehung zu den Organen der Staatssicherheit und den Polizeiorganen. Sie haben eine Reihe von professionellen Zusammenschlüssen gebildet und

¹³¹ Volkov 2002, S. 1.

¹³² Volkov 1999b, S. 749.

¹³³ Volkov 1999b, S. 749.

¹³⁴ Volkov 1999 sowie Volkov 1999c, S. 57.

¹³⁵ Volkov 1999b, S. 750, nach A. Maksimov (1998), *Rossiiskaja prestupnost': kto est' kto*, Moskau, S. 260-266.

hochentwickelte, kultivierte Marktmethoden angenommen, um sich einen guten Ruf aufzubauen und somit für Kunden attraktiv zu sein. Dabei kommen den ehemaligen Staatsangestellten ihre hervorragende Ausbildung im Sicherheitsbereich, die engen Beziehungen zu ihren ehemaligen Arbeitgebern und damit der Zugang zu Informationen über persönliche Kontakte und informale Beziehungen zu Gute.¹³⁷ Die PSF stützen ihre Geschäftstätigkeiten nicht primär auf Gewalt, sondern meist auf Methoden der Information und Analyse, wie sie sie bei der Arbeit bei den Staatsorganen gelernt haben. So rühmt sich die Agentur „*Alternativa-M*“ damit, eine bessere Datenbank als der FSB zu besitzen.¹³⁸ Die PSF legen mehr Wert auf die präventive Neutralisation von Konflikten, denn auf physikalische Gewalt und Bedrohung. Ein weiterer Marktvorteil ist die Reputation des KGB, mit der sie ebenfalls werben.¹³⁹ Die PSF werden von staatlicher Seite aus genauer kontrolliert. Firmen, die mit kriminellen Gruppen zusammenarbeiten oder die sich nicht an die Regeln halten, werden mit Sanktionen belegt oder geschlossen. Verbunden mit ihrem legalen Status sind dies erhebliche Wettbewerbsvorteile gegenüber den kriminellen Konkurrenten.¹⁴⁰

Die Kosten der legalen Schutzfirmen sind in der Regel fix und nicht vom Umsatz abhängig. Im Jahre 1994 betragen sie für den Schutz einer Firma rund 1.000 USD pro Monat. Dieses Preis sei aber z.B. für kleine Kioskbesitzer so hoch, dass sie sich mitunter zusammentun, um die Summe aufzubringen, aber in der Erwartung, somit weniger zahlen zu müssen, als an die Schutzgelderpresser.¹⁴¹ Diese Randbemerkung bei Varese lässt die Annahme zu, dass die Kosten für Schutzgelderpresser höher sind, als die für die legalen Agenturen. Volkov gibt die Kosten für bewaffneten Schutz mit ca. 2.000 USD an, inklusive eines Alarmschutzes sowie einer Hotline für eine schnelle Eingreiftruppe, über die PSF in der Regel verfügen. Er geht dabei von einer Bezahlung pro Mann und Stunde von 4-6 USD aus. Der Preis für den Schutz einer Firma ist aber auch von der Branche abhängig, in der sie agiert. Für Informationsbeschaffungen über andere Unternehmen wird ungefähr ein Preis von 100-300 USD pro Monat verlangt. Es besteht aber auch die Möglichkeit für ca. 250 USD eine Art Versicherung für das Unternehmen abzuschließen, bei der die PSF nur bei Gefahr oder Notwendigkeit eingreift. Müssen allerdings die Schulden eingetrieben werden, können die Kosten beachtlich sein. Sie hängen vom Risiko (dieses ist z.B. hoch, wenn eine kriminellen Gruppe der säumige Schuldner ist) und dem Geldbetrag ab.¹⁴² Laut Radaev betragen die Kosten für Inkasso-Durchsetzung bei einer PSF

¹³⁶ Es ist mir allerdings unklar, wie Volkov angeben kann, die Zahl der legalen Sicherheitsagenturen sei 1992 gleich null gewesen, während die erste dieser Agenturen bereits 1991 gegründet worden war. Volkov 1999b, S. 750.

¹³⁷ Volkov 1999b, S. 750.

¹³⁸ Knabe 1998, S. 34.

¹³⁹ Dafür erhaltenen dann die KGB-Abteilungen mit deren Ruf man sich schmückt formale und informale Gebühren.

¹⁴⁰ Volkov 2002, S. 16.

¹⁴¹ Varese 2001, S. 63.

¹⁴² Volkov, 2002, S. 14-15.

meist 15-40 % der einzutreibenden Summe.¹⁴³ Damit liegen sie für diesen Bereich um 10-35 % unter dem Preis der kriminellen Gruppen.

Die typischen Aufgabenbereiche eines „Dach-Services“ der PSF sind: privater Schutz, Vertragsdurchsetzung, Streitschlichtung, Inkasso-Durchsetzung, Informationsbeschaffung (Überprüfen von Geschäftspartnern, Investoren oder Mitarbeitern) und manchmal organisatorische Beratung.¹⁴⁴ Solche Aufgaben implizieren sowohl den Wettbewerb, aber auch die Kooperation mit illegalen Durchsetzungspartnern wie kriminellen Gruppen. Ein seltener, aber zunehmend genutzter Service ist das „Entfernen des Daches“ (*sniatie krysh*). Dies bedeutet, dass ein Unternehmen durch eine PSF von einem kriminellen Dach befreit wird. In der Regel übersteigen aber die Kosten solch einer Aktion den Nutzen. Dieses Vorgehen ist nur sinnvoll, wenn die Firma sehr große Vorteile davon hat, nicht mit kriminellen Bereichen verstrickt zu sein und wenn die Sicherheitsagentur mächtig genug ist, um solch eine Operation durchzuführen.¹⁴⁵

Die Mehrzahl der Unternehmen und Banken greifen heute auf die Dienstleistungen der PSF zurück. Diese Entwicklung hat das Arbeitsfeld der kriminellen Gruppen geschmälert. Als Beschützer werden diese nach und nach in ihre „traditionellen“ Beschäftigungen im Schwarzmarktbereich zurückgedrängt. Das Verdrängen der kriminellen Dächer vom Sicherheitsmarkt sowie das „Freikämpfen“ von Unternehmen hat einen Anti-Kriminalitäts-Effekt, wenngleich dieser nicht-intendiert war und in erster Linie auf das ökonomische Interesse der PSF zurückzuführen ist.¹⁴⁶

Man darf aber nicht vergessen, dass die Legalisierung auch kriminellen Gruppen zusätzliche Möglichkeiten eröffnete. Viele von ihnen gründeten eigene Schutzfirmen oder heuerten Personal an, das in privaten Abteilungen der Polizei arbeitete. Letzteres nennt sich „kombiniertes Dach“. Eine der bekanntesten Schutzfirmen in St. Petersburg, deren Chef der Führer (*avtoritet*) der Mafia-Gruppe Tambovskaja war, benutzte zum Beispiel Polizisten, um ihre Dach-Funktion aufrecht zu erhalten. Diese Firma musste 1996 geschlossen werden.¹⁴⁷

Vor allem ehemals kriminelle Gruppen schrecken auch als legale, private Schutzfirmen nicht vor illegalem Handeln zurück. Varese hat bei seinen Untersuchungen von Mafiaaktivitäten in der Region Perm festgestellt, dass von einer PSF ein Auftragsmord an einem säumigen Schuldner begangen wurde. In einem anderen Fall schloss die *Starvropol' Saving Bank* einen Vertrag mit der Sicherheitsagentur MBK ab, in dem festgelegt wurde, dass das Eintreiben von Schulden auch außerhalb der legalen Prozeduren stattfinden habe. Das Risiko für die privaten Sicherheitsfirmen ist dabei relativ gering: Die illegale Wiederbeschaffung von Werten führt nach

¹⁴³ Radaev 1999c, S. 40.

¹⁴⁴ Varese 2001, S. 63.

¹⁴⁵ Volkov 2002, S. 16.

¹⁴⁶ Volkov 2002, S. 16.

Artikel 200 des Strafgesetzbuches der Russländischen Föderation nur zu einer maximalen Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Die Grenzen zwischen legalen Sicherheitsfirmen und kriminellen Gruppen sind in den eben beschriebenen Fällen fließend. Manche PSF neigen dazu, auch zu illegalen Mitteln zu greifen, weil die Beschränkung durch das Gesetz einen Nachteil gegenüber den illegalen Protektoren darstellt. So ist es den legalen PSF zum Beispiel nicht gestattet, lästige Konkurrenten zu bedrohen, was bei zahlreichen kriminellen Gruppen Bestandteil des Service ist.¹⁴⁸

Große Firmen und Konzerne, aber auch zahlreiche Banken haben oft eigene private und schwer bewaffnete Schutztruppen. Die Firma *Gasprom* beschäftigt 20.000 schwer bewaffnete Sicherheitsleute unter der Führung von Vladimir Maručenko, einem KGB-Veteran, der ebenfalls als Senior Officer in der staatlichen Steuerbehörde gearbeitet hat. Bei der Finanzgruppe *Most* sind allein in Moskau 2.500 Sicherheitsangestellte beschäftigt. Solche großen Konzerne haben allerdings oft auch „staatliche Dächer“, die auf höchster Ebene, wie z.B. dem Präsidenten angesiedelt sein können.¹⁴⁹ Die politische Zusammenarbeit zwischen einflussreichen Konzernen und der Kreml Führung und die damit verbundenen Vorteile (z.B. Steuererleichterungen, Exportlizenzen, staatliche Aufträge etc.) scheinen unter dem derzeitigen Präsidenten Putin aber abzunehmen.

Wenden wir uns damit gleich der dritten Gruppe von Protektoren zu – den staatlichen Dächern.

3.3. SCHUTZ DURCH STAATSANGESTELLTE

Der nachfolgend beschriebene Schutz durch Staatsangestellte ist solcher, der nicht in den Bereich des *public good*¹⁵⁰ fällt, weil er nicht allen gleich zur Verfügung steht, da er entweder nur über gute Beziehungen oder gegen Bezahlung zu erhalten ist.

Dieser Schutz kann informal sein, z.B. über einen Freund bei der Miliz oder anderen staatlichen Sicherheitsorganen, der einem in Problemfällen hilft. Es gibt auch Polizei- bzw. Armee-Einheiten, die informal ihre Gewaltressourcen für Dritte zur Verfügung stellen. Noch heute gehen Schätzungen davon aus, dass bis zu 20 % des FSB informale Dachfunktionen übernehmen.

Die „Regulation über außerbehördlichen Schutz“ (*vnevedomstvennaja obrana*) vom 14. August 1992 macht solchen „privaten staatlichen Schutz“ aber auch auf legaler Basis möglich.¹⁵¹ Die meisten Polizeikommandos haben heute solche „außerbehördlichen“ Abteilungen

¹⁴⁷ Volkov 2002, S. 12.

¹⁴⁸ Varese 2001, S. 64.

¹⁴⁹ Varese 2001, S. 65.

¹⁵⁰ Zum *public-good*-Begriff, siehe Kapitel 3.

¹⁵¹ Volkov 1999c, S. 55.

eingerrichtet. Diese können entweder einer Einheit zugehörig sein – damit stehen sie natürlich nicht für ‚einfache‘ Polizeiarbeit zur Verfügung – oder es sind Polizisten, die in ihrer Freizeit für private Zwecke arbeiten, aber dann nur für den jeweiligen Auftrag- und Geldgeber. Auch andere Gruppen bieten solchen Service an, zum Beispiel Armee-Garnisonen oder Grenztruppen.¹⁵²

Zu den Kosten solcher Services gibt es keine umfassenden Untersuchungen. Im günstigsten Falle handelt es sich um Freundschaftsdienste oder es wird mit einer Kiste Wodka bezahlt (*friendly police roof*).¹⁵³ 1994 boten Moskauer Polizisten ausländischen Firmen per Fax ihren Service an. Für eine Stunde Schutz durch einen Polizisten wurden drei US-Dollar verlangt. Ein Beispiel für die Verschiedenheit der Bezahlung ist das russisch-deutsche Joint-Venture *Malkom*. Es erhält Schutz durch schwer bewaffnete Polizeieinheiten. Anfangs unterstützte *Malkom* dafür finanziell eine Schule und ließ den Polizisten angeblich großzügige Geschenke zukommen, inklusive dem regionalen Polizeichef. Später zahlten die Firma einfach eine Gebühr für den Service.¹⁵⁴ Doch nicht nur Unternehmer, sondern auch Kriminelle können Schutz von Staatsangestellten erhalten. Ich hatte bereits das Beispiel erwähnt, bei dem der Chef einer Mafia-Gruppe von staatlichen Sicherheitsleuten bewacht wurde. Während die Polizisten tagsüber Verbrecher jagen, sorgen manche nach Dienstschluss für die Sicherheit von Kriminellen.

Die staatlichen Schützer haben den Vorteil, dass sie in der Anwendung von Gewalt und Waffen weit weniger kontrolliert und eingeschränkt werden und ihnen gleichzeitig die technischen und materiellen Ressourcen staatlicher Sicherheitskräfte zur Verfügung stehen. Staatliche Dächer sind i.d.R. besser als ihre kriminellen Gegenstücke und gleichzeitig preiswerter. Viele Unternehmer wären glücklich über ein *Kryša* durch die Polizei oder besser dem FSB. (Es gilt die Regel, dass das *Kryša* umso wirkungsvoller ist, je höher es in der staatlichen Hierarchie steht.) Doch ist der Zugang vor allem Personen mit persönlichen Verbindungen vorbehalten. Diese Verbindungen besitzen vor allem große und staatliche Firmen.¹⁵⁵ Für Schutz und Vorteile der Firma durch die Staatsnähe erhalten hohe Dächer (z.B. auf Kreml-Ebene) als Gegenleistung zum beispielsweise Wahlkampfunterstützung durch die großen Konzerne.

Bisweilen kommt es auch zu Konflikten zwischen verschiedenen staatlichen Dächern. Ein Beispiel dafür ist die *Razzia* in einem Büro der Moskauer *Most*-Bank im Dezember 1994, die unter dem Schutz des Moskauer Bürgermeisters und gleichzeitig im politischen Konflikt mit dem Kreml stand. Nachdem maskierte, bewaffnete Truppen, die sich später als Teile der Kremlwache

¹⁵² Varese 2001, S. 60.

¹⁵³ Volkov 2002, S. 14.

¹⁵⁴ Varese 2001, S. 60, nach: Rossiiskaja Gazeta, 22. Juni 1996.

¹⁵⁵ Radeaev 1999d, S. 78.

herausstellten, das Büro stürmten, griffen Moskauer Polizeieinheiten ein und es kam zwischen den beiden Gruppen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen.¹⁵⁶

3.4. FAZIT

Die ersten alternativen Anbieter von Schutz, neben den staatlichen Organen, entstanden in Russland 1987/88. Dies waren die *kriminellen Gruppen*. In den 90er Jahren kam es zu einer Vermischung dieser kriminellen Gruppen und der legalen Wirtschaft. Noch 1997 wurde geschätzt, dass sich 40.000 Wirtschaftssubjekte in Russland ihrer Hand befinden.

Bei den beiden anderen Alternativen von Schutzanbietern handelt es sich im Prinzip um privat arbeitende Gruppen von Staatsangestellten. Die *privaten Sicherheitsdienste*, die auf Basis eines Gesetzes von 1992 agieren, sind bisweilen de facto komplett ausgelagerte Abteilungen staatlicher Sicherheitsorgane und heute die dominanten Akteure auf dem russischen Sicherheitsmarkt. Es ist jedoch oft schwierig, die Grenze zwischen legalen und illegalen Anbietern klar zu ziehen.

Die andere Gruppe von Staatsangestellten, welche Sicherheit als nicht-öffentliches Gut zur Verfügung stellen, sind Mitarbeiter von staatlichen Sicherheitsorganen (Polizei, Armee, Geheimdienste etc.), die gleichzeitig als „privater“ Schutzanbieter für bestimmte Personen oder Unternehmen agieren. Dies geschieht teilweise auf informaler, teilweise auf völlig legaler Basis.

4. Konklusion

Die Art und Weise, wie heute in Russland durch private Agenturen die Sicherheit von Unternehmern durchgesetzt wird, ist zu einem großen Teil der Prioritätensetzung während der wirtschaftlichen Transformation geschuldet. Zwar wurde ein Großteil der Wirtschaft privatisiert, doch die notwendigen Rahmenbedingungen für eine funktionierende Marktwirtschaft fehlen noch immer, bzw. werden nicht von staatlicher Seite aus zur Verfügung gestellt. So wurde gezeigt, dass für das russische Unternehmertum der Grad an öffentlicher Sicherheit nicht ausreicht. Diese Sicherheit ist in Russland zu einer „Ware“ geworden, um die verschiedene Anbieter auf einem „Schutz-Markt“ konkurrieren. Der Staat hat in Prizls Augen durch diese „Privatisierung“ teilweise aufgehört Ordnungsmacht zu sein. In vielen Bereichen existiere ein Staat im Staate, eine privates Rechtssystem sowie Selbstjustiz.¹⁵⁷ So werden zwei Drittel der Verträge ohne den Staat durchgesetzt, also durch die alternativen Anbieter.¹⁵⁸

Die Schwäche des Staates auf diesem Gebiet war vor allem Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre prekär. Die Koinzidenz der Entstehung privater Unternehmen, dem

¹⁵⁶ Varese 2001, S. 65, nach: Moscow Times, 3. u. 7. Dez. 1994.

¹⁵⁷ Prizl 1998, S. 207.

¹⁵⁸ Volkov 2002, S. 10, nach: Vladimir Tabovtsev (1999), *Ekonomicheskie instituty rossiskogo kapitalizma*, in: T. Zaslavskaja (Hg.), *Kuda idët Rossija?*, Moskau, S. 198.

Zusammenbrechen staatlicher Sicherheitsstrukturen sowie dem fehlenden staatlichen Rahmenvorgaben ließ zuerst einen informalen und kriminellen Sicherheitsmarkt entstehen. Das Gesetz über private Schutzdienste von 1992 kann als Versuch gesehen werden, den Sicherheitsmarkt zumindest wieder unter staatliche Kontrolle zu bekommen. Es ist aber auch die Formalisierung einer ohnehin schon vorhandenen Praxis, denn sowohl verschiedene Staatsangestellte, als auch kriminelle Gruppen boten diesen Service ja bereits an.

Diese Entwicklung ist ein zweiseitiges Schwert. Einerseits bringt sie einen Grad an staatlicher Aufsicht in den Sicherheitsmarkt, andererseits ist sie eine Manifestation der Tatsache, dass große Teile der Staatsgewalt und der Rechtsdurchsetzung heute in privaten Händen liegen. Auch in etablierten Marktwirtschaften leisten private Sicherheitsdienste einen Beitrag zur inneren Sicherheit, doch sie unterminieren nicht das staatliche Gewaltmonopol.¹⁵⁹

Wenn der Staat in Russland der Akteur werden will, der den Rahmen wirtschaftlicher Tätigkeit vorgeben und kontrollieren will, muss vor allem das Justizsystem gestärkt und die Aktivitäten der Sicherheitsagenturen strenger kontrolliert werden. Anderenfalls wird die Basis der unternehmerischen Ethik weiterhin durch den Respekt vor der Gewalt der Sicherheitsdienste und nicht durch Respekt vor dem Staat geprägt sein – eine denkbar schlechte Grundlage für die Entwicklung eines Rechtsstaates in Russland.

¹⁵⁹ Arnim 1999, S. 5.

6. Literaturverzeichnis

- Alexandrova, Olga (1995), Einkreisungspubien, Verschwörungstheorien: Wiederkehr eines alten Syndroms in Rußland? Aktuelle Analysen / Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Heft 17, S. 1-6.
- von Arnim, Andreas (1999), Private Sicherheitsdienste in Innere Sicherheit in Europa, in: Ottens/ Reinhard/ Olschock (1999), S. 3-58.
- Bäckman, Johan (1999), The Hyperbola of Russian Crime and Police Culture, in: Ledeneva/Kurchiyan (1999), S. 257-273.
- Cowen, Tyler (1992), Law As a Public Good, in: Economics and Philosophie 8, S. 249-267.
- Feldstein, Martin (1998), Refocusing the IMF, in: Foreign Affairs, 77, 2/1998, S. 20-33.
- Fituni, Leonid (1999), Economic Crime in the Context of Transition to a Market Economy, in: Ledeneva/Kurchiyan (1999), S. 17-30.
- Galeotti, Mark (1999), The Russian Mafiya: Economic Penetration at Home and Abroad, in: Ledeneva/Kurchiyan (1999), S. 31-42.
- Hedlund, Stefan (2001), Property without rights: dimension of Russian privatisation, in Europe-Asia Studies, 53, Heft 2/2001, S. 213-237.
- Hendley (1998a), Temporal and Regional Patterns of Commercial Litigation in Post-Soviet-Russia, in: Post-Soviet Geographie and Economics, Jg. 39, Heft 1, S. 379-398.
- Hendley K. (1998b), Remaking an Institution: The Transition in Russia from State Arbitrazh to Arbitrazh Courts, in: American Journal of Comparative Law, Jg. 46/ Heft 1, S. 93-127.
- Hendley, Kathryn./Murrell, Peter/Ryterman, Randy (1999a), Law works in Russia: The Role of Legal Institutions in the Transactions of Russian Enterprises, S. 19-41. <<http://www.bsos.umd.edu/econ/murrell/papers/valcnfpp.pdf>>.
- Hendley, Kathryn/Ickes, B./Murrell, Peter/Ryterman, Randy (1997), Observations on the Use of Law by Russian Enterprises, in: Post Soviet Affairs, Jg. 13, Heft 1, S. 19-41.
- Kathryn Hendley, Peter Murrell, and Randi Ryterman (1999), A Regional Analysis of Transactional Strategies of Russian Enterprises, <http://www.bsos.umd.edu/econ/murrell/papers/regionlaw.pdf>.
- Kaul, Inge/Grunberg, Isabelle/Stern, Marc. A. (1999), Defining Global Public Goods, in: Kaul (1999), S. 2-19.
- Kaul, Inge (1999), Global Public Goods: International cooperation in the 21st century, New York.
- Knabe, Bernd (1998), Die System-Mafia als Faktor der sowjetisch-russischen Transformation: Teil II: Die Instrumentalisierung des organisierten Verbrechens, Bundesinstitut f. ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln.

-
- Ledeneva, Alena V./Kurkchiyan (Hg.) (1999), *Economic Crime in Russia*, The Hague/London/Boston.
- Ledeneva, Alena: Introduction: Economic Crime in the New Russian Economy, in: Ledeneva/Kurkchiyan (1999), S. 1-16.
- Laikow, Michael (1999), Legal, halblegal, illegal: Die russische Miliz, abgerufen am 11.10.2001 unter <<http://www.wostock.de>>.
- North, Douglass C. (1991), Transaction costs, Institutions and Economic History, in: Furubotn E.G./ Richter, Rudolf (Hg.), *The New Institutional Economies*. Tübingen, S. 203-213.
- North, Douglass C./ Olson, Mancut (1995), Why the transition from Communism is so difficult, in: *Eastern Economic Journal*, 21, Heft 4/95.
- Ottens, Reinhard W./ Olschock, Harald/ Landrock, Stephan (Hg.) (1999), *Recht und Organisation privater Sicherheitsdienste in Europa*, Stuttgart u.a.O.
- Orlova, Dazmira/ Kotilko, Valerij V., Problems of economic security of Russia and the countries of Commonwealth, In: *Problems of economic transition*. - 40 (1998), 9, S. 5 - 16; 8
- Priewe, Jan (2000), Privatisierung und Transformation – Lehren aus Rußland, in: *Osteuropa-Wirtschaft*, 45, Heft 1/2000, S. 41-66.
- Quiring, Alexandra (2000), *Organisierte Kriminalität: Die informelle Institutionalisierung von Eigentumsrechten in Russland*. (aus der Reihe: Arbeitspapiere des Osteuropa- Instituts Bereich Politik und Gesellschaft Heft 29/2000), Berlin.
- Radaev, Vadim (1999a), The spread of violence in Russian Business in the late 1990s, in ... PONARS.
- Radaev, Vadim (1999b), Wie in Russland Märkte entstehen: Vertragsdurchsetzung und Markteintritt, in: *Berichte des Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale* 41/1999, Köln.
- Radaev, Vadim (1999c), The role of violence in Russian business relations In: *Problems of economic transition : a journal of translations from Russian*, Jg. 41, Heft 12/1999, S. 34-61
- Radaev, Vadim (1999d), Corruption and Violence in Russian Business in the Late 1990s, in: Ledeneva/Kurkchiyan (1999), S. 63-82.
- Richter, Rudolf/ Furubotn (1996), *Neue Institutionenökonomik: Eine Einführung und kritische Würdigung*, Tübingen.
- Sachs, Jeffrey D./ Pistor, Katharina (Hg.) (1998), *The Rule of Law and economic reform in Russia*, Boulder, CO, Westview Press.
- Schmid, Ulrich (1996), *Gnadenlose Bruderschaften: Aufstieg der russischen Mafia*, Paderborn.
- Shleifer, Andrei/Vishny, Robert (1998), *The Grabbing Hand: Government Pathologies and Their Cures*, Cambridge.

-
- Stiglitz, Joseph E. (1999), Whither Reform?: Ten Years of the Transition, (World Bank Annual Bank Conference on Development Economics), abgerufen am 09.02.1999 unter: <<http://www.worldbank.org/research/abcde/pdfs/stiglitz.pdf>>.
- Transparency International (2002), Global Corruption Report 2001, abgerufen am 01.03.2002 unter <http://www.globalcorruptionreport.org/download/rr_cis.pdf>.
- Varese Frederico (1999), Perverse Corruption, in: Ledeneva/Kurchiyan (Hg.) (1999), S. 99-111.
- Varese Frederico (2001), The Russian Mafia, Oxford.
- Volkov, Vadim (1999), Security and Rule Enforcement in „Russian Business“: The Role of “Mafia” and the State, in: PONARS Memo Nr. 79, abgerufen am 01.10.2001 unter <<http://www.has.harvard.edu/~ponars/policy memos/Volkov79.html>>.
- Volkov, Vadim (1999b), Violent Entrepreneurship in Post-Communist Russia, in: Europa-Asia-Studies, Jg. 51, Heft 5/1999, S. 741-754.
- Volkov, Vadim (1999c), Organized Violence, Market Building, and State Formation in Post-Communist Russia, in: Ledeneva/Kurchiyan (Hg.) (1999), S. 43-61.
- Volkov, Vadim (2002), Security and Enforcement As private business: The conversion, im Januar 2002 per Mail erhalten.
- Zhuravskaya, Ekaterina (2000), Incentives to provide local public goods: fiscal federalism, Russian style, in: Journal of public economics, Jg. 76, Heft 3, S. 337-368.

Verwendete Abkürzungen

FSB	Föderaler Sicherheitservice (ehemals FSK)
Goskomstat	Staatliches Statistisches Komitee
GOUP	Haupteinheit für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität
KGB	Komitee für Staatssicherheit (bis 1991)
MVD	Innenministerium
PSF	hier: private Sicherheitsfirmen
ROUP	Regionale Einheit für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Anwendung von Bedrohung und Gewalt in der russischen Geschäftswelt (in %).....	7
Tabelle 2: Begegnung mit Methoden mit Waffengewalt und Erfahrung des Managements des jeweiligen Unternehmens (in %).....	9
Tabelle 3: Kosten für Schutz und Sicherheit und Zeitpunkt des Geschäftsbeginns (in %).....	10
Tabelle 4: Zahl der registrierten Straftaten in Russland pro 100.000 Einwohner.....	11
Tabelle 5: Bürokratische Erpressung in der russischen Geschäftswelt (in %).....	13
Tabelle 6: Vertragsverstöße in der russischen Geschäftswelt (in %).....	15
Tabelle 7: Probleme mit Partnern und Kunden innerhalb des letzten Jahres (in %).....	16
Tabelle 8: Zahl der Entscheidungen der russischen Arbitraž-Gerichte pro Jahr.....	18